

Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET, die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921), der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution, die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus, die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik

Zweimonatszeitung der
IKP

Nr.18 – Mitte April 1982

Preis
1 DM

Wo steht das internationale Proletariat?

In den letzten Jahren haben wir eine Welle sozialer Kämpfe erlebt, die alle Kontinente erschüttert hat. Sie ist die Antwort auf die Zuspitzung der allgemeinen Unsicherheit der bürgerlichen Gesellschaft seit der Wirtschaftskrise von 1974/75.

Diese Welle brach zunächst in den Ländern des jungen Kapitalismus aus, die am härtesten von der Krise getroffen waren: in Ägypten, Tunesien, der Türkei, Peru, Iran, Brasilien, Algerien, El Salvador, China, Marokko etc. Im Unterschied zu früheren Jahren war es jetzt möglich, in den Kämpfen eindeutig proletarische Merkmale zu erkennen.

Auch in den imperialistischen Metropolen ist es zu Aufruhr gekommen, vereinzelt bei den Stahlarbeitern von Longwy-Denain, in Miami und in Brixton, aber auch vor dem Hintergrund breiter Arbeiterkämpfe wie in Spanien oder Großbritannien. In Italien lieferte der große FIAT-Streik vom Herbst 1980 den Höhepunkt unzähliger kleinerer Kämpfe, und selbst in der BRD sorgte die proletarische Jugend für erste Risse im Gefüge des sozialen Friedens.

Aber das größte Ausmaß in einem Industrieland hat die Arbeiterbewegung in Polen erreicht. Die Krise wurde hier verschärft durch die besonderen Formen, die der Kapitalismus im Ostblock annimmt, und durch die Erfahrungen aus einer Reihe von Revolten (1956, 1970, 1976). Die Lehren aus diesen Revolten haben es ermöglicht, von der Phase des sporadischen Wutausbruchs

sion - siehe Polen, siehe El Salvador. Man kann sogar feststellen, daß sich die kleineren Staaten zu diesem Zweck hinter den großen kapitalistischen Staaten verschanzen. Und die Arbeiterklasse, wo steht sie? Welche Lehren muß sie ziehen, damit die nächste Welle weiter geht?

Wir haben bis hierhin hervorgehoben, welche Lehren diese Welle bestätigt. 1. Die wesentliche Folge der anti-kolonialen Befreiungsbewegungen ist der Ausbruch des proletarischen Kampfes in den Ländern des jungen Kapitalismus. 2. Die kapitalistischen Widersprüche rütteln das Proletariat in den Metropolen wach (ganze Generationen von kleinbürgerlichen Intellektuellen beriefen sich auf dieses Proletariat, solange es noch von der Wirkung des reformistischen, demokratischen und imperialistischen Opiums benebelt war, aber sobald es unter den Schlägen der Krise erwacht, nehmen sie "Abschied vom Proletariat", und das ist auch besser so). 3. Es ist möglich, vom Staat unabhängige gewerkschaftliche Organisationen zu bilden, wie in Polen.

Es ist jetzt aber unerlässlich, die Grenzen der Bewegung weit mehr zu betonen, um besser hervorheben zu können, was zu tun bleibt, um die nächsten Schlachten vorzubereiten. Und die erreichbaren Grenzen lassen sich am besten dort messen, wo der Kampf am weitesten gegangen ist, nämlich in Polen.

Was dort zuerst ins Auge springt, das ist der riesige Abstand, der klaffende Abgrund zwischen dem rein proletarischen Kampfantrieb und dem total demokratischen, nationalistischen, reformistischen und sogar religiösen Bewußtsein, das die Bewegung - und sogar ihre radikalsten Flügel - von sich selbst hat.

Theoretisch wußten wir, daß der proletarische Kampf nach 50 Jahren Konterrevolution von Null wieder anfangen mußte: Jegliches organisierte Klassenleben ist zerstört, die Partei, die den Lehren Marx' und Lenins folgt, ist auf eine Handvoll Militanten zusammengeschrumpft, und hin-

Fortsetzung auf S. 6

IDEE – NATO-Gipfel – Reagan Besuch Gegen Washington, doch nicht für Bonn

Der deutsche Imperialismus und Militarismus will sich im Mai und Juni besonders profilieren. IDEE (Internationale Militärelektronik-Ausstellung), ILA (Inter-

chen, wurden Lockerungen (diese unerträgliche Heuchelei!) des deutschen Waffenexports bereits beschlossen, während ein gigantisches deutsch-französisches Panzerprojekt demnächst definitiv besiegelt werden soll. Im Juni findet dann der NATO-Gipfel in Bonn statt, womit die entscheidende Bedeutung der Bundesrepublik als Bündnispartner der USA und in der westlichen Allianz aufs deutlichste unterstrichen wird. Dies alles wird natürlich durch Reden über Friedenssicherung, Rüstungsbegrenzung usw. sowie durch die Beteiligung von Spitzenpolitikern der regierenden SPD an Ostermärschen und Friedensinitiativen begleitet. Beides gehört offensichtlich zusammen, und interessanterweise ist von einer Rüstungsbegrenzung seitens des deutschen Staates nichts zu vernehmen.



Wir erleben offensichtlich keine Phase der Stärkung der NATO (und auch nicht des Warschauer Pakts), sondern der Stärkung des deutschen Imperialismus, der sich einen immer größeren Spielraum zu erobern versucht. Er spielt die Karte der NATO aus, um sich gegenüber dem Osten zu profilieren. Und er spielt die Karte seiner Beziehungen zur Sowjetunion aus, um sich im Westen zu behaupten.

Da der Reagan-Besuch auch Teil eines amerikanischen Drucks ist, um größere deutsche Bündnistreue zu erreichen, mußten die offiziellen Reaktionen darauf zwangsläufig die verschiedenen "Optionen" des deutschen Imperialismus widerspiegeln. Die CDU sieht das nationale Interesse Deutschlands besser an der Seite der USA geschützt. Sie organisiert eine Pro-Reagan-Demo. Die Regierung sieht die Sache nicht anders, sie ist aber die Regierung des deutschen Imperialismus. Sie organisiert keine Demos, sondern den Gipfel, auf dem sie die nationalen Interessen im Gestrüpp internationaler Widersprüche vermitteln wird. Die breite Front gegen Reagan, die bis in die Regierungspartei hineinreicht, spaltet sich: Ein Flügel

Fortsetzung auf S. 6

nationale Luftfahrt-Ausstellung) und Hubschrauberforum werden in der zweiten Maihälfte aus Hannover und Umgebung das Zentrum des internationalen Waffenhandels (und -gesindels) für die Bekämpfung des äußeren und inneren Feindes machen. Dabei wird die saftige deutsche Beteiligung den Rang der deutschen Rüstungsindustrie erneut beweisen. Um den Kurs zu unterstre-

In dieser Ausgabe:

- Falkland-Inseln:
Konflikt zwischen Bankrotteuren
- Die Wurzeln der Gewalt in El Salvador
- Namibia
Der Versuch des Imperialismus, eine revolutionäre Lösung zu verhindern
- Drei Jahre „Islamische Revolution“
Lehren aus Polen
- Die Frage des „aktiven Streiks“
- Die Krise der Brigade Rosse in Italien
Korrespondenz aus Berlin
Bewegung im Rückfluß
- Machtfrage
- Startbahn-West:
Die fehlgeschlagene Bauplatzbesetzung
- Aktive Solidarität mit den ausländischen Proletariaten!
- Wider das Sektlerertum in Basiskomitees
- Welcher Kampf gegen die Billigflaggen-Schiffe?
- Maifreuden

und des vereinzelt Aufstands zum breit organisierten Kampf überzugehen. Diese Ebene haben die fortgeschrittenen Teile der Klasse in den anderen Ländern nur zeitweilig erreichen können, denn allzu schnell waren sie dort zum Rückzug gezwungen oder aufgrund einer unerträglichen Isolierung zermürbt.

Man kann sagen, daß diese Welle jetzt im großen und ganzen zurückgeschwappt ist, nachdem sie praktisch überall mit den Wellenbrechern der staatlichen Gewalt zusammengestoßen ist. Die herrschende kapitalistische Ordnung steuert ihre Repres-

Die Arbeiterkämpfe in Belgien

Am 11. Februar und 18. März haben die Stahlarbeiter von Lüttich und Charleroi massiv in Brüssel demonstriert und mehrere hundert Bullen ins Krankenhaus befördert.

Diese Demos sind nur der sichtbarste Ausdruck einer sozialen Unruhe, die ganz Wallonien beherrscht: Es ist in den letzten Wochen immer häufiger zu wilden Streiks, Straßen- und Eisenbahnblockaden, "fliegenden" Streikposten etc. gekommen.

Die Arbeiterklasse bringt damit ihre Unzufriedenheit mit den Sparmaßnahmen der Regierung zum Ausdruck. Allgemein ist die Situation in Belgien von Verwesung gekennzeichnet: Ein entwickeltes kapitalistisches Land, berühmt für seine "hohen Löhne" ist am Rande des Bankrotts, oft fehlt sogar das Geld, um die Beamten zu bezahlen! Belgien scheint immer weniger in der Lage zu sein, soziale Zusammenstöße als Reaktion auf die Rationalisierungen zu verhindern. Aber auch die stärkeren kapitalistischen Länder, wie die BRD, werden nicht immer die Mittel besitzen, den sozialen Frieden zu erkaufen. Deshalb ist es wichtig, den Kampf der belgischen Arbeiter genau zu verfolgen: Er nimmt in gewisser Weise das vorweg, was auch hier passieren wird.

Die katastrophale wirtschaftliche Situation und die Offensive der Bourgeoisie

Die katastrophale Situation der kapitalistischen Wirtschaft in Belgien hat weitreichende Gründe. Während sich die traditionelle Industrie in Wallonien befand und seit den sechziger Jahren nicht mehr

mit der Entwicklung Schritt hielt, öffnete sich Flandern den multinationalen Betrieben. Das rein "belgische" Kapital wurde nicht für notwendige Modernisierungen der Industrie verwendet, sondern in den Banken, dem internationalen Handel oder direkt im Ausland investiert. Hinzu kam der Verlust des Kongo. Gleichzeitig übernahm der Staat immer größere Anteile der wichtigen und langsam dahinsiechenden Schwerindustrie des Landes, wie der Stahlindustrie.

Die Weltwirtschaftskrise hat in Belgien sofort voll zugeschlagen. Flucht von Multinationals vor den "hohen Löhnen", beschleunigter Zusammenbruch der traditionellen Industrien usw. Die Arbeitslosigkeit ist die höchste in Europa nach Irland.

Die belgische Bourgeoisie, eingezwängt zwischen den großen europäischen Staaten, war weder zu großen politischen Projekten in der Lage, noch konnte sie die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren des Wohlstands meistern. Und sie mußte in jenen Jahren auch der Arbeiterklasse Zugeständnisse machen.

Während der gesamten sechziger Jahre, bis zum Anfang der siebziger Jahre hat die Arbeiterklasse zahlreiche Lohnkämpfe siegreich geführt und die "Garantien" erreicht, die heute gerade wieder in Frage gestellt werden.



Die "politische Führung" dieser Kämpfe (sozialistische Partei, Gewerkschaften bis hin zur "Linken") stellte damals ein "alternatives" Wirtschaftsprogramm auf, besonders für das heruntergewirtschaftete Wallonien, das zum Ziel hatte, Staat und Wirtschaft durch strukturelle - angeblich "anti-kapitalistische" - Veränderungen und durch die Regionalisierung zu reformieren.

Dem Erfolg dieser "fortschrittlichen Kräfte" wurde durch die Krise ein plötzliches Ende gesetzt. Auf die ersten Reaktionen der Arbeiter gegen die Sparmaßnahmen reagierte die Bourgeoisie damit, daß sie die sozialistische Partei an der Regierung beteiligte. Diese erwies sich als unfähig, etwas anderes als eine offen bürgerliche Politik zu betreiben, bis sie schließlich völlig in Mißkredit geriet und letztes Jahr in die Opposition zurückkehrte.

Die Gruppen "links" von der sozialistischen
Fortsetzung auf S. 10

Vor dem Hintergrund der wiederaufgewärmten Ostermärsche

Seit einigen Jahren sind wir in eine neue historische Phase eingetreten, eine Phase von "Kriegen und Revolutionen". Vor dem Hintergrund dieser Perspektive, die sich unweigerlich aus den objektiven Widersprüchen des kapitalistischen Systems selbst ergibt, machen sich innerhalb der verschiedenen Schichten und Klassen der Bevölkerung Widerstände gegen die wachsende "Kriegsgefahr" breit. Es wäre verfehlt, die Beherrschung der "Friedensbewegung" durch den Opportunismus als reinen ideologischen Vorgang zu betrachten; die Stärke des Opportunismus besteht gerade darin, daß er sich auf die unmittelbare Erfahrung der breiten Massen in einer bestimmten Situation zu stützen weiß, um ihre Führung zu übernehmen. Z.B.: Es sieht scheinbar so aus, als wären manchmal bestimmte imperialistische Staaten aggressiver als andere. Von diesem oberflächlichen und also trügerischen Erscheinungsbild ausgehend neigt man dazu, sich hauptsächlich den aggressiveren Imperialismen entgegenzusetzen und Bündnisse mit den scheinbar "friedlichen" zu suchen. Dies geschah am Vorabend des zweiten Weltkrieges, als die Koalition der imperialistischen Staaten, die mit dem damaligen Status Quo zufrieden waren, sich für die Koalition der "friedliebenden Länder" ausgab gegen die aggressiven Imperialismen - Deutschland, Italien, Japan -, die denselben Status Quo in Frage stellten. Zahlreiche kämpferische Arbeiter in der ganzen Welt ließen sich damals auf der Grundlage dieses unmittelbaren Tatbestandes überzeugen, daß der Kampf gegen den Imperialismus etappenweise erfolgen könnte. Zunächst hätte man die "böseren" Imperialismen besiegt und sich dafür taktisch mit den "besseren" verbündet, dann hätte man mit diesen abgerechnet. Darin bestand die politische Plattform des Stalinismus. Beträchtliche proletarische Massen und selbst revolutionäre Arbeiter wurden dementsprechend von den KP's in die Widerstandsgruppen eingegliedert und mußten für einen imperialistischen Krieg verbluten.

Rückblickend betrachtet fällt es einem nicht schwer, im Lichte der einfachsten Tatsachen den totalen Bankrott dieser Erfahrung festzustellen. Keines der damaligen imperialistischen Zentren wurde eliminiert; außerdem sind die "besiegten" Bourgeoisien Deutschlands, Italiens und Japans aus den Trümmern des Krieges reicher denn je zuvor wiederauferstanden und zusammen mit den Bourgeoisien der "Siegermächte" beuten sie das Proletariat bei sich und international weiterhin aus. Das sog. sozialistische Lager hat sich in ein Mosaik von bürgerlichen Ländern fragmentiert, die in Sachen Ausbeutung und Raffgier den westlichen Ländern in nichts nachstehen. Die Kriegsgegner halfen sich "großzügig" nach Kriegsende: Mit dem Marshallplan wurden die Besiegten mit Hilfe der Sieger wiederaufgebaut.

Die imperialistischen Gegensätze der kapitalistischen Epoche gehören in der Tat einer anderen Gesetzmäßigkeit als die Gegensätze zwischen den alten Reichen des Altertums. Damals endete der Kampf nur mit der restlosen Vernichtung einer der kriegführenden Seiten. Wenn die USA am Kriegsende Deutschland und Japan so vernichtet hätten, wie Rom es mit Karthago getan hatte, dann hätten sie einen Handelspartner verloren. Unter der Herrschaft des Kapitals entsteht der Reichtum nicht aus der Schatzhortung, sondern aus der Verwertung von Waren, was den Warenaustausch voraussetzt. Ohne den "Partner" kann man sich nicht behaupten, selbst wenn beide Rivalen sind. Einerseits ist jeder Imperialismus dazu gezwungen, gegen jeden anderen zu konkurrieren, um ihm Märkte wegzureißen und ihn mit den eigenen Waren zu überfluten, während er sich gleichzeitig gegen seine Waren schützt; andererseits kann er ihn nicht vernichten, sonst läuft er Gefahr, zunächst Massen von unverkauften Waren bei sich anzuheufen und dann die revolutionären Bewegungen beim "Feind" und folglich auch bei sich aufzustacheln. Die Zerstörungskraft der Kriegsapparate und die dadurch verursachten Zerstörungen und Gemetzel, d.h. die unmittelbare Erscheinung kann zum Glauben verleiten, der imperialistische Krieg könne ein totaler Krieg werden. Es kann innerhalb der bürgerlichen Klasse jedoch weder Feinde noch Freunde auf Leben und Tod geben: Der Freund ist gleichzeitig der Feind und umgekehrt. Der Kampf unter ihnen heute schließt ihr Zusammengehen morgen nicht aus, und umgekehrt.

Nach Kriegsende kam in der Tat das "Wunder" der christlichen Unterstützung der Sieger für die Besiegten: Marshallpläne u. dgl. sind ebenso Bestandteile des Imperialismus wie die Atombombe auf Hiroshima. Trotz ihrer Grausamkeiten und ihrer Zerstörungen sind die imperialistischen Kriege keine totalen Kriege im Sinne

Die Gefahr eines Bündnisses mit dem „besseren Imperialismus“

Clausewitz', sondern sie erinnern - von einem politischen, nicht eng militärischen Standpunkt - an die Kriege zwischen den Monarchen des 18. Jahrhunderts, als keiner der Kriegführenden am totalen und endgültigen Untergang des anderen interessiert war.

Aus historischen und prinzipiellen Gründen ist für uns jegliches Bündnis der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit einem Imperialismus gegen einen anderen ausgeschlossen, und zwar auch mit dem Imperialismus, dessen totaler oder partieller Sieg ihm zum Trotz bessere Bedingungen für einen revolutionären Ansturm des Proletariats bieten könnte. In einem imperialistischen Krieg gilt die Losung des revolutionären Defaitismus, um den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln. Die Losung des Bündnisses mit dem "besseren" Imperialismus gegen den "böseren" ist aber nicht nur im allgemeinen theoretisch falsch und praktisch verheerend. Sie liefert auch keinen "konkreten" Ansatzpunkt für ein "taktisches Kunstwerk": Sie ist lediglich ein Mittel, das beide kriegführenden Lager benutzen, um die proletarischen Massen unter ihre jeweiligen Fahnen zu scharen und vor allem um sie von der Notwendigkeit dieses Bündnisses zu überzeugen. So war es im Ersten Weltkrieg, als die deutschen Sozialverräter die Beseitigung der russischen Selbstherrschaft aus dem Rang der Weltmächte in den Vordergrund stellten, um dadurch das Gewicht der "antiproletarischen Front" zu verringern; gleichzeitig lobten die englischen, französischen, italienischen und russischen Sozialverräter die Perspektive einer Welt ohne die reaktionären Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns, die die weiteren Fortschritte der Demokratie (als "Voraussetzung"... des Sozialismus) behinderten.

So war es auch im zweiten Weltkrieg, als die deutschen und italienischen Faschisten vor den eigenen Proletariern die Perspektive der Vernichtung des "jüdischen Weltkapitals" und der Plutokratien heraufbeschworen (mit denen sie natürlich rege Geschäftsbeziehungen pflegten), während die andere Seite die Beseitigung der Naziherrschaft als Ziel ausgab.

Deutschland, Rußland, USA, Japan, dieses oder jenes europäische Land waren laut dieser Theorie mal die Feinde, die es zu bekämpfen und zu vernichten galt, mal die Freunde, mit denen es ein "taktisches" Bündnis einzugehen galt. Und nach jedem Krieg lasten sie alle zusammen auf den proletarischen Massen der ganzen Welt und beuten sie im Frieden bis aufs Blut aus, nachdem sie sie im Krieg als Kanonenfutter benutzt haben.

Heute eröffnet sich eine neue historische Phase von imperialistischen Gegensätzen. Die alten Bündnisse, die die politische Herrschaft der USA und der UdSSR über die ganze Welt besiegelten, geraten unter dem Zwang der wachsenden Widersprüche ins Wanken. Die europäischen und japanischen Imperialismen, die ökonomisch mächtig, aber politisch und militärisch schwach sind, stellen zunehmend die amerikanische Alleinherrschaft in Frage.

Um sich der Vormundschaft der beiden Weltmächte zu entledigen, brauchen sie die Unterstützung der Massen. Und sie können auf Weltebene ihre eigenen Interessen nur zur Geltung bringen, wenn sie einen eigenen unabhängigen Militärapparat schaffen; dies setzt aber voraus, daß der erstikende militärische Druck und insbesondere die Besatzung und die militärische Kontrolle ihres Territoriums aufhört. Daher ist für sie die Abrüstung - der anderen! heute die Voraussetzung zur Weiterführung der eigenen Aufrüstung morgen.

Unter diesen Bedingungen werden die Proletarier wieder einmal dazu aufgerufen, ein imperialistisches Lager zu unterstützen, und zwar entweder die "friedliebende" Sowjetunion in der Perspektive eines Bündniswechsels der BRD oder Europa schlechthin als neue Weltmacht in spe.

Nun sind die Atomwaffen in der Tat eines der Instrumente, mit dem die USA und die UdSSR die europäischen Imperialismen erpressen und niederhalten. Die Beseitigung bzw. Verringerung der Atomwaffen in Europa würde die Europäer (und dasselbe gilt für die Japaner) von dieser Klemme befreien; sie würde sie in die Lage versetzen, mit konventionellen Waffen und auch mit Atomwaffen ihren Plünderungsbestrebungen auf dem Weltmarkt gerecht zu werden. Damit würde sich der Weg zu einem imperialistischen Konflikt mit einer anderen Ausrichtung der Kräfte als heute bahnen. Die proletarischen Massen können unter anderem auf der Grundlage der "Theorie" des Bündnisses mit dem "friedlicheren" Imperialismus für die Unterstützung dieser Bestrebungen mobilisiert werden.

Die Neuaufgabe der Ostermärsche und das Bündnis (sowie die Streitigkeiten) der verschiedenen offiziellen Organisationen für die Bonner-Demo gegen Reagan im Juni sind in diesem Lichte zu sehen.

Gegen diese Theorie wie auch gegen zig andere Rechtfertigungen ähnlicher Bündnisse, die in Wirklichkeit die Unterjochung des Proletariats unter die herrschende Klasse und ihren Staat bedeuten, und gegen die daraus resultierende Bedrohung für die Arbeiter gilt es, die Waffe des revolutionären Defaitismus einzusetzen, d.h. den Kampf gegen sämtliche imperialistische Staaten und an erster Stelle gegen den eigenen.

Falkland-Inseln

Konflikt zwischen Bankrotteuren



Argentinien und Großbritannien streiten sich um die Falkland-Inseln. Auf der einen Seite ein bankrottetes und barbarisches Militärregime, Handlanger des Internationalen Währungsfonds, das vor dem Hintergrund wachsender sozialer Unruhe die Flucht nach vorn ergreift. Das militärische Abenteuer, das kurz nach der größten Massendemonstration seit dem Putsch erfolgte, soll nationale Eintracht herbeiführen, und dementsprechend malt es das argentinische Militär in "antikolonialistischen" Farben aus. Und in der Tat ist die beabsichtigte innenpolitische Wirkung nicht ausgeblieben. Sogar die von den argentinischen Militärs bislang erbarmungslos verfolgte, "antiimperialistische" Guerillaorganisation der Montoneros soll sich hinter die militärische Aktion gestellt haben, da es sich hierbei laut Mario Firmenich, Führer der Montoneros, um die "Durchsetzung einer echt nationalen Forderung" handelt.

Die Militärs spekulieren darauf, daß auf der anderen Seite eine dekadente imperialistische Macht steht, die offensichtlich nicht in der Lage ist, die Falkland-Inseln zum militärischen Stützpunkt im Südatlantik auszubauen und als solches zu unterhalten. Großbritannien wurde der Lächerlichkeit preisgegeben: es brauchte 10 Tage, bis seine Flotte mit zum Teil bereits verkauften Schiffen im Konfliktgebiet ankam; eine kombinierte Operation mit einer Luftbrücke wurde nicht einmal erwogen, und das Ganze wurde sogleich von der Kräfte-

merfrage begleitet, was die militärische Operation wohl kosten würde. Argentinien profilierte sich also in den Augen der USA, um zusammen mit diesen die "Verteidigung" des Südatlantik zu sichern. Dementsprechend übernahm Haig die Vermittlung zwischen den beiden Kontrahenten.

Andererseits speulierte das argentinische Militär sehr geschickt auf die soziale Kumpanei der gesamten Weltbourgeoisie. Eine direkte militärische Niederlage Argentiniens würde den Zusammenbruch der dortigen Militärregierung bedeuten. In einer Situation wirtschaftlichen Bankrotts und sozialer Gärung, in der die argentinische Bourgeoisie zudem über keine Reservemannschaft für die Übernahme der Regierung verfügt, würde der totale



P.O. Box 7, 200 Gray's Inn Road, London WC1X 9EZ. Telephone: 01-437 1234

WE ARE ALL FALKLANDERS NOW

... is to 150-year history. The people from the assertion of the been misjudgments, governing principle that the coming of local mismanagement of row. Though Mr. Hoar's era must be reversed. However, sometimes, the back to his party and

Die Demütigung des britischen Imperialismus, sein Gesichtsverlust, der durch ausgeklügelte Kompromißformeln in Grenzen gehalten werden soll, wird sicherlich keine so brennenden Folgen haben. Aber nach der Ausbeutung der Falkland-Affäre zur Schürung einer Welle von Patriotismus und von imperialistischen Gefühlen wird sich die Schlappe auswirken. Die Zeichen der Schwäche des englischen Staates, des Schutzapparates des britischen Kapitalismus und Imperialismus, werden eine Ermunterung für die unterdrückte nordirische Bevölkerung, die farbigen Minderheiten in Großbritannien und für die britischen proletarischen Massen, vor allem die arbeitslosen Jugendlichen, darstellen.

Am Beispiel dieses Konflikts läßt sich die Bedeutung des revolutionären Defaitismus in den Auseinandersetzungen zwischen imperialistischen Staaten, wie im allgemeinen zwischen etablierten bürgerlichen Staaten plastisch erkennen: Der wahrscheinliche Erfolg Argentiniens wird den Zusammenbruch des dortigen Regimes zunächst verhindern; die Niederlage Großbritanniens wird der sozialen Bewegung in England und Irland einen weiteren Ansporn geben. Die Revolutionäre, die im Kampf gegen den Weltimperialismus zunächst jeweils mit dem "eigenen" Staat abrechnen müssen, können sich mit ihm nicht solidarisch erklären, sondern müssen seine Schwierigkeiten und Niederlagen begrüßen und ausnutzen, ohne sich deshalb an die Seite des anderen Staates im imperialistischen Konflikt zu stellen, denn dadurch würden sie gemeinsame Sache mit dem Feind der Revolution in diesem Land machen.

Auch in der BRD, die nicht direkt am Konflikt beteiligt ist, liefert die Episode einen weiteren Anknüpfungspunkt für die Entlarvung des deutschen Imperialismus und den Kampf gegen ihn: Verbündeter Großbritanniens, mit dem er sich halberzig-solidarisch erklärt, und entscheidender Waffenlieferant Argentiniens, beweist der deutsche Staat wieder einmal, daß es keine Schweinerei gibt, bei der er nicht dabei ist - mit unschuldiger Miene, fetten Profiten und ständigem Machtzuwachs.



Gesichtsverlust des argentinischen Militärs eine ungeheure Krise des argentinischen Staats überhaupt mit unübersehbaren sozialen Folgen nach sich ziehen.

Die Krise der Brigade Rosse in Italien

Die Laufbahn der bewaffneten Partei

Nach der Befreiung von General Dozier hat der italienische Staat seine Offensive gegen die Roten Brigaden (BR) verstärkt und dabei unbestreitbare Erfolge errungen. Die Waffenverstecke und geheimen Netzwerke fliegen eins nach dem anderen auf, die Verhaftungen nehmen zu, wobei sie weit über das eigentliche "Terroristenmilieu" hinausgehen. Gleichzeitig bringen die Medien die Fälle von "Abschwören" und "Reue" groß raus und lassen sich lang und breit über die politische Krise aus, die die Organisationen des bewaffneten Kampfes erschüttert.

Diese Krise erklärt sich zum Teil aus militärischen Rückschlägen, aber sie hat auch politische Gründe. Um das zu verstehen, muß man zu den Ursprüngen dieser Organisationen zurückkehren.

Der Terrorismus beginnt in Italien nach dem Rückfluß der sozialen Bewegung der späten sechziger Jahre. Eine ganze Zeit lang blieb er auf dem Niveau der "Handwerkerlei" und wurde von der Bourgeoisie als ein zwar störendes, aber doch eher unwesentliches Randproblem gesehen. Mitte der siebziger Jahre machte er dann einen qualitativen Sprung, wurde zu einer wirklichen politischen Bewegung, und gleichzeitig wuchs seine zahlenmäßige Stärke wie auch sein Einfluß beträchtlich.

Verschiedene Faktoren haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Vor allem die sich zuspitzende weltweite Krise, die sich in Italien sehr viel direkter auf die Arbeiterklasse auswirkte als in den anderen Ländern des alten Kapitalismus. Zum zweiten und im Zusammenhang damit - die Tatsache, daß die Gewerkschaften, um ihre Politik zur Rettung der nationalen Wirtschaft weiterführen zu können, sehr

schnell gezwungen waren, sich offen anti-proletarisch zu verhalten und direkt die Angriffe auf die Lebensbedingungen des Proletariats mitzutragen. Das hat in breiten Schichten der Arbeiterklasse zu einem bemerkenswerten Mißtrauen ihnen gegenüber geführt, was in kleinen, aber äußerst kämpferischen Schichten den Boden für eine "verzweifelte" Reaktion bereitet hat. Ein dritter Faktor, den man nicht vergessen sollte, auch wenn er weniger Bedeutung hat, ist die tiefe Krise der 68-iger Bewegungen, die genau zu dem Zeitpunkt am Ende ihrer Laufbahn angekommen waren und sich entweder in die bestehenden Institutionen und etablierten Parteien integrierten oder ganz von der Bildfläche verschwanden. Gerade von dieser Entwicklung haben die verschiedenen "terroristischen" Strömungen voll profitiert. Viele Militanten, mitunter die sensibelsten und kämpferischsten, diejenigen, die sich weiter ins Privatleben zurückziehen noch im "linken" Flügel der Gewerkschaften und opportunistischen Parteien arbeiten wollten, haben den Weg der "bewaffneten Partei" gewählt. Das heißt, sie haben den Weg gewählt, der von einem unmittelbaren Standpunkt aus der revolutionärste schien: sofort den bewaffneten Kampf gegen den bürgerlichen Staat aufzunehmen.

Diese Richtung, die vielen Militanten als geradezu natürlich erschien, beinhaltet eine Reihe von Auffassungen, die von den einzelnen Gruppen in unterschiedlichem Maße klar ausgedrückt und theorisiert wurden. Zunächst drückt sich darin eine Reaktion der Ungeduld gegenüber der Schwere und den Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme des Klassenkampfes des Proletariats aus. Da der Höhepunkt dieses Kampfes der bewaffnete Kampf gegen den

kapitalistischen Staat ist, glaubt man, sofort dorthin gelangen zu können durch den Willen einer "Avantgarde", die zu den Waffen greift und dann die ganze Klasse mit sich reißt.

Diese Sichtweise geht nicht von den realen Bedingungen für ein Wiederaufleben des revolutionären Kampfes aus. Zu ihrer Rechtfertigung betrachtet die "bewaffnete Partei" (nicht nur die Roten Brigaden, sondern alle bewaffneten Gruppen, die sich in den letzten Jahren in Italien gebildet haben) die Revolution als einen Prozeß, der seit 1968 im Gang ist. Das hätte zur Bildung einer breiten "proletarischen Bewegung des offensiven Widerstands" geführt, die in den verschiedenen bewaffneten Gruppen zum Ausdruck kommt. Und die Revolution ist nichts anderes als die bewaffnete Aktion dieser Gruppen, die sich vornehmen, den Staat und die "Multinationale des Imperialismus" tödlich zu treffen. Das wollen sie erreichen, indem sie die führenden Personen treffen und somit die Machtstrukturen der Bourgeoisie "zersetzen" und an ihre Stelle Strukturen der "proletarischen Gegenmacht" in allen Bereichen setzen.

In Wirklichkeit ist das eine "unpolitische" Sicht des Klassenkampfes und der Partei selbst. Ersterer wird von all seinen materiellen, sozialen und politischen Wurzeln abgeschnitten und allein auf den bewaffneten Kampf reduziert. Nach dieser Auffassung mißt sich die revolutionäre Vorbereitung des Proletariats an dem bloßen zahlenmäßigen Anwachsen der bewaffneten Kämpfer. Und die Rolle der Partei besteht für diejenigen, die sich wie die BR auf den Begriff der Partei berufen, darin, den Weg dieses rein quantitativen Aufstiegs vorzuzeichnen und dabei mitzuhelfen (1).

Fortsetzung auf S. 6

Drei Jahre

„islamische Revolution“

Drei Jahre nach dem Februaraufstand, der den Schah gestürzt hat, ist mehr als offensichtlich, daß die "islamische Republik" die bürgerliche Staatsmaschinerie im Iran noch weiter ausgebaut hat und daß sie die kapitalistische Unterdrückung der sozialen Bewegung auf noch größerer Stufenleiter fortsetzt. Mittels des Krieges gegen die nationalen Minderheiten, des Ausnahmezustands im Erdölgebiet (wofür der Krieg mit den Irak geübt kam!) und der systematischen Repression der Arbeiterbewegung und der Kämpfe der armen Bauern sowie jeglicher Oppositionsbewegung hält sich das Regime. Innerhalb von 8 Monaten soll die Repression mehr als 7.000 Tote gefordert haben!

Im Dezember 1981 und im Januar wurden große Streiks in den Betrieben von Meched verzeichnet, worauf die Studenten in den Streik traten und die Regierungstruppen in Schach hielten. Eine mächtige Streikbewegung für die Durchsetzung gewerkschaftlicher und politischer Forderungen in dem Automobilwerk Iran-National, das im Umkreis von Teheran die größte Fabrik sein soll (unter dem Schah zählte sie 15.000 Arbeiter), wurde ebenfalls verzeichnet. Die Regierungsmilizen griffen ein, um den Streik zu brechen: 7 Arbeiter wurden erschossen, zahlreiche wurden verletzt und 2.000 wurden anschließend verhaftet! Trotz der unerbittlichen Repression durch die "Revolutionswächter" soll die Streikwelle bis heute anhalten.

Die Repression gegen politische Organisationen trifft nicht nur die bürgerlichen Oppositionsbewegungen wie das demokratische Bündnis zwischen BaniSadr (der seinerzeit die Kurden abschlichten ließ und für eine unerbittliche allgemeine Unterdrückung verantwortlich war) und den Volksmudschahedin (kürzlich wurden mehrere Führer der Volksmudschahedin in einer bewaffneten Auseinandersetzung in Teheran erschossen). Sie trifft nicht zuletzt auch jene politischen Gruppen, die BaniSadr Lösung ablehnen und eine Alternative dazu suchen. Ein Teil der Führungsmitglieder einer dieser Gruppen, nämlich von Peykar, wurde vor einigen Wochen verhaftet. In diesem Zusammenhang teilt die Organisation Komeleh in einer Presseerklärung ihre Absicht mit, einen Gefangenenaustausch zu organisieren, um die verhafteten Führer von Peykar freizubekommen. Komeleh ist eine Organisation, die vorwiegend im bewaffneten Widerstand gegen die Regierungstruppen im Kurdistan verankert ist, wobei im Kurdistan mehrere Städte nicht mehr unter Kontrolle des islamischen Regimes stehen.

Die brutale Repression ist die Antwort des Regimes auf das Auseinanderfallen der Gesellschaft: Nicht die Einheit des Volkes war das Ergebnis der Kämpfe, die zum Sturz des Schah führten, sondern die weitere Verschärfung der sozialen Gegensätze und Kämpfe. Diese brutale Repression kann daher kein Grund dafür sein, die Ersatzlösung eines BaniSadr zu unterstützen: Die Demokratie wird die Repression nicht abschaffen, sondern durch demokratische Mechanismen ergänzen, um die Gesellschaft wieder zusammenzukitteln. Kein Wunder, daß die BaniSadr-Lösung die Gunst der kleinbürgerlichen Demokratie hierzulande genießt. Dieser Sympathie entspricht übrigens die Tatsache, daß unsere Demokraten (abgesehen von der Beschwörung der Zauberkraft "Recht" und "Freiheit") schweigend und tatenlos zusehen, wie der deutsche Staat mit dem iranischen Geheimdienst Savama zusammenarbeitet und wie die deutschen Behörden die exilierten iranischen Oppositionellen schikanieren. Die Entwicklung im Iran selbst bringt aber eine andere Lösung als die von BaniSadr und den Volksmudschahedin hervor. Die Kämpfe gegen den Schah mit dem Auftreten der Massen auf der politischen Bühne, die soziale und politische Entwicklung seit dem Sturz des Schah und die internationale Lage im allgemeinen haben einen Prozeß der politischen Differenzierung ausgelöst, der Suche nach einer effektiven revolutionären Perspektive, einen Prozeß, der sämtliche kämpferische Gruppen erfaßt, durch sie hindurchgeht und in dessen Verlauf alle Fragen der Prinzipien, des Programms, der Theorie, der Strategie, der Taktik und der Organisation der Revolution aufgeworfen werden im Zusammenhang mit einem extrem harten, aber lebendigen und lehrreichen Kampf: Es handelt sich um eine ganze Phase des Parteibildungsprozesses, aus dem sicherlich auch die extreme Linke der Demokratie mit klaren Konturen hervorgehen wird, vor allem aber - im Zusammenhang mit den Anstrengungen der internationalistischen Marxisten - auch die iranische Abteilung der Weltpartei der proletarischen Revolution.

Lehren aus Polen

Die Frage des „aktiven Streiks“

Am 7. Januar dieses Jahres wurde in Le Monde ein Bericht Zbigniew Kowalewskis veröffentlicht. Aus diesem Bericht geht klar hervor, wie Solidarnosc den Mut und die Opferbereitschaft der polnischen Arbeiter mit einer Vogel-Strauß-Politik angesichts des unvermeidlichen Zusammenstoßes mit der Macht verbunden hat.

Kowalewski war Präsidiumsmitglied von Solidarnosc für die Region von Lodz, einem großen Industriezentrum, das ungefähr 100 km von Warschau und Ursus entfernt liegt. Hier wurde im August 1981 der bedeutendste "Marsch der Frauen" gegen den Hunger organisiert. Das Programm dieser regionalen Führung von Solidarnosc war auf den "aktiven Streik" ausgerichtet, d.h. "nach einem von den Arbeitern selbst ausgearbeiteten Plan und ausgehend von den sozialen Bedürfnissen sollte die Produktion unter der Kontrolle der Streikkomitees wieder aufgenommen werden. Zusammen mit der Kontrolle über die Verteilung sollte man dadurch mit revolutionären Methoden der zentralen Bürokratie die wirtschaftliche Macht entziehen und die Produktionsmittel vergesellschaften."

Kowalewski erklärt, daß die Popularität dieser Parole eines der auslösenden Momente für den Staatsstreich vom 12.-13. Dezember gewesen ist. In Lodz und anderen Regionen waren die Arbeiter auf diese Art von Aktionen vorbereitet, denn sie hatten bereits lokale Initiativen zur Kontrolle und Verteilung von Lebensmitteln ergriffen (wie z.B. des rationierten Fleisches im Dezember 1980).

Er zeigt auch sehr gut, daß der Staat diese Initiativen solange duldet, wie sie sich auf die lokale Verteilung beschränken und von ihm überwacht wurden. In Lodz war die Versorgungslage, vor allem nach den Demonstrationen im August 1980, so gespannt, daß der Bürgermeister es Solidarnosc erlaubte, Rationierungskarten zu drucken und deren Verwendung zu leiten... allerdings in Zusammenarbeit mit einem Staatsbeamten. So konnten wir, erklärt Kowalewski weiter, "die Lage in Sammelstellen auf dem Lande, in den Schlachthöfen, den Großlagern und dem Einzelhandel kontrollieren (...). Wir konnten so dem Bürgermeister Informationen zukommen lassen, über die er selber nach eigenen Aussagen nicht verfügte." Es ist leicht verständlich, daß die Bürokratie und die PVAP hilfreiche Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben der Verteilung des Mangels akzeptierten, natürlich umso lieber von Leuten, die die Sympathie der Arbeiter genossen und eine weitaus bessere Position innehatten, um die Arbeiter zur Hinnahme der Opfer zu bewegen! Die Bourgeoisie hat es - in Deutschland und Italien in den 20er Jahren, in Polen selbst oder in Ungarn und Jugoslawien nach dem zweiten Weltkrieg - gelernt, das Streben nach Arbeiterkontrolle aufzufangen und zwar in Form von Betriebsräten

oder Verwaltungsräten aus Arbeitgebern und Gewerkschaften. Darauf läßt sich die Bourgeoisie unter der Voraussetzung ein, daß sie selbst die Kontrolle über die Kontrolle behält. Sie hat somit die entstehenden Arbeiterorganisationen gezähmt und von Kampforganen in Stoßdämpfer dieser Kämpfe verwandelt.

Aber dieses Mal, im Herbst 1981, bedeutet die Parole "aktiver Streik" eine Aktion, die sich auf alle Produktionsbereiche und auf mehrere Regionen Polens ausdehnen würde (zwischen den verschiedenen regionalen Präsidien von Solidarnosc hatte es halb-konspirative Treffen gegeben). Darüber hinaus sollte die Arbeiterkontrolle durch Arbeiterwachen geschützt werden. Ob sie nun bewaffnet sind oder nicht, wer von Wachen spricht, spricht auch von der Möglichkeit eines Zusammenstoßes. Der "aktive Streik" sollte am 21. Dezember beginnen. In der Tat war man nach und nach dazu gekommen, die Wirtschaft mitzumanagen und die Frage nach der "Kontrolle über die Wirtschaft" faktisch aufzuwerfen.

In der TAZ vom 25.1.82 kann man in einem Interview mit Kowalewski dazu lesen: "Wir wollten, daß sich die ökonomische Macht des Landes - und nicht die politische - in einem demokratisch gewählten Organ konzentriert, das repräsentativ für alle direkten Produzenten des Landes ist. Klar, die PVAP hätte die ökonomische Macht im Lande abtreten müssen. Wir wären dann bereit gewesen, die politische Macht bei der PVAP zu belassen."

Dies erscheint umso unglaublicher, als Kowalewski selbst die Lage im November-Dezember 1981 als revolutionär bezeichnet. Gleichzeitig verfolgte er nicht weniger als die Berater den Traum einer "nationalen Verständigung" zwischen "der Staatsmacht, der Kirche, deren moralische Autorität für alle außer Frage steht, und Solidarität als wichtigster sozialer Bewegung"! Insofern hat der Kommentator nicht unrecht, wenn er sagt, daß Solidarnosc in den Wolken schwebte.

Der Widerspruch zwischen dem objektiven Heranreifen eines Zusammenstoßes und der subjektiven Illusion eines friedlichen Ablaufs entging den bewußten Reformisten jedoch nicht: "Einer der wichtigsten Experten", schreibt Kowalewski weiter, "ging sogar so weit, zu sagen, daß es sich (beim "aktiven Streik") um eine Idee handelte, die von Linksextremisten ausging".

Auf jeden Fall täuschten sich die Oberaufseher des Kapitals, die die ewigen Gesetze der sozialen Physik besser kannten, hier nicht: Sie fühlten, daß es höchste Zeit war, die Bewegung zu stoppen, daß sie nicht erst abwarten durften, bis bedeutende Arbeitergruppen der Wirklichkeit ins Auge sehen und mit der lähmenden und demoralisierenden Politik brechen würden, die die politische Initiative dem Staat



Milioniäre und Arbeiter kämpfen um ein Fabriktor

überläßt. Man sieht übrigens, daß das Problem bei der nationalen Kommission vom 12. Dezember bereits soweit gereift war, daß ein Delegierter aus Bydgoszcz namens Rulewski behauptete: "Solidarnosc muß ihre 'Strategie des Stillhaltens' aufgeben und zur politischen Offensive übergehen" (wobei er allerdings eine "Kraftprobe" ablehnte und sich für eine "politische Lösung" aussprach (siehe Libération vom 13. Januar 82).

In ökonomischer Hinsicht stellen die Ideen Kowalewskis einen Kompromiß zwischen dem Betriebssozialismus à la Proudhon (mit seiner Kritik an der exzessiven Zentralisation in Polen, die somit als Hauptfeind erscheint) und seinen moderneren Versionen, von Bernstein bis zum Rätesozialismus, dar. Und im "aktiven Streik" von Lodz kann man die alte Idee von "explosivem Generalstreik" wiedererkennen, die von den Selbstverwaltungsströmungen weiterentwickelt und modernisiert wurde.

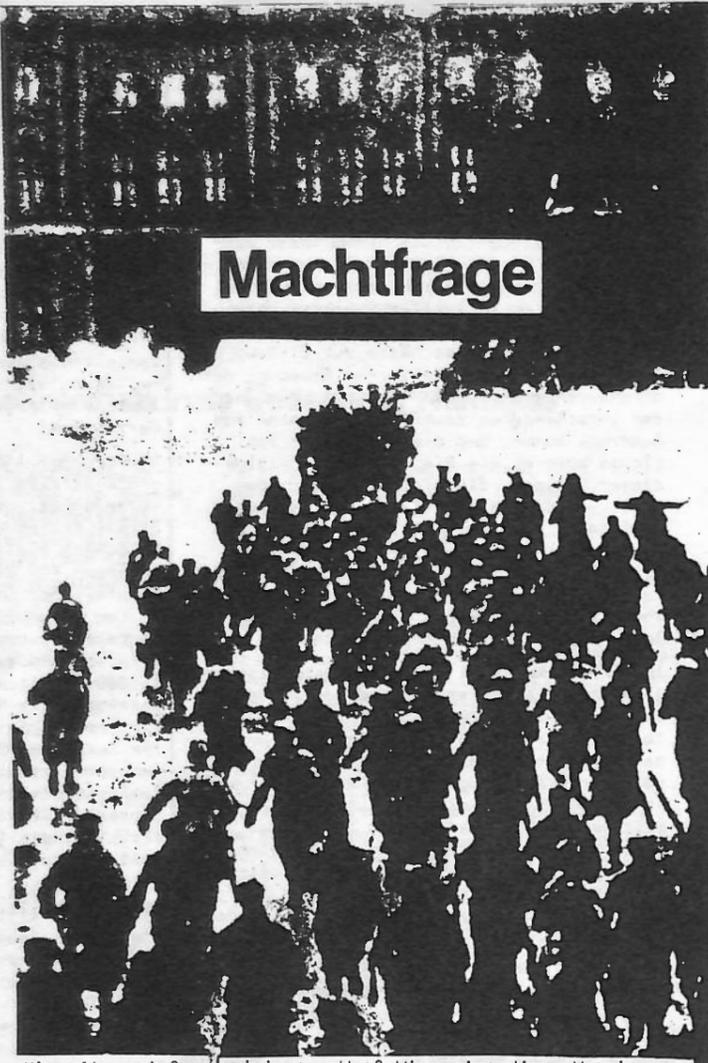
In dieser Hinsicht stellt die letzte Phase der sozialen Bewegung in Polen eine praktische Kritik der Selbstverwaltungsillusionen dar, eine praktische Kritik aller Strömungen, die behaupten, den Staat zu umgehen, den Zusammenstoß mit ihm zu vermeiden und ihn durch das Eindringen in die wirtschaftlichen Mechanismen zu untergraben. Und hier liegt eine der Ursachen für die Verwirrung dieser Gruppen angesichts der polnischen Ereignisse.

Der Klassenkampf ist ein politischer Kampf und man geht den schlimmsten Enttäuschungen entgegen, wenn man nicht gleichzeitig die Arbeiterklasse dazu erzieht, den Staat als ihren Todfeind zu betrachten, den sie zerstören muß, um die Wirtschaft kontrollieren und verwandeln zu können.

„Macht, Gegenmacht, Ohnmacht, Alle Macht für Alle, keine Macht für Niemand“

Die autonome Zeitschrift "Radikal" hat eine Diskussion über die Machtfrage angeregt. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Berliner Hausbesetzerbewegung mußten zwangsläufig auch zu dieser allgemeinen politischen Frage führen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Auffassung eines Flügels der Bewegung, man habe die Häuser enteignet.

Ein Beitrag unserer Berliner Genossen zur Machtfrage wird auch hier abgedruckt. In einer Nachbemerkung wirft die "Radikal"-Redaktion natürlich in einer Kritik an den Anhängern der leninistischen Partei gerade die Parteifrage auf. Und das ist gut so, denn die Frage der Macht läßt sich von der Frage der Partei nicht trennen, ob man nun "dafür" oder "dagegen" ist. Auf die Parteifrage werden wir in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung zurückkommen.



Weg mit dem Scheißsystem. Klar. Aber wie? Gerade in einer Phase, wo die anfängliche Euphorie und Kraft der Bewegung gewichen ist, stößt der militante Widerstand verstärkt an die Schranken, die ihm heute durch den bürgerlichen Machtapparat gesetzt sind. Das System wird als solches in Frage gestellt, ist aber noch nicht gesprengt.

Und gerade in den Rückflußphasen stellen sich meist erst die brennenden Fragen der weiteren Perspektive. Wie überwinden wir die Schranken des kapitalistischen Wirtschaftssystems und dessen Gewaltapparat? Wie überwinden wir unsere eigene Ohnmacht? Sicherlich steckt auch dahinter die Frage der Macht, zu der man sich bisher praktisch (nämlich auf der Straße) verhalten hatte - klar aber: nur bis zu einer bestimmten Grenze.

Nun gibt der Artikel "Alle Macht für Alle" (Radikal Nr. 101) keine Antwort auf die Frage, wie diese Grenzen, an die die Bewegung unweigerlich gestoßen ist, zu überwinden wären. Er weicht dieser Frage ganz einfach aus. Der Artikel bezieht sich nämlich nicht auf die heutige Gesellschaft, die uns schließlich mit all ihren Herrlichkeiten zu einem Kampf herausfordert, an dem man sich nicht vorbeimogeln kann. Er bezieht sich auf eine Gesellschaft ohne Klassen, auf den Urkommunismus der Indianergemeinschaften. Nichts gegen Anschauungsunterricht über die Autorität des Häuptlings. Vielleicht können wir daraus eine Menge für den Umgang innerhalb unserer kleinen Gruppenzusammenhänge lernen, mehr aber auch nicht. Er kann auch keine Anregungen geben zur laufenden Diskussion über die unzähligen Fragen: Wie wir mit den pigs fertigwerden und unseren kleinen Krieg zum großen Bürgerkrieg machen können, wie wir von der Defensive zum Angriff übergehen können und was nach dem revolutionären Angriffskampf folgt.

Die Diskussion rund um die Machtfrage entstand auf dem Boden tatsächlicher Erfahrungen: den ersten kleinen Kampferfahrungen gegen einen Gegner, dessen heutige Übermacht für uns kein Grund ist, die Vorbereitung weiterer Kampfhandlungen gegen ihn einzustellen. Im Gegenteil: Wir betrachten die z.Zt. laufenden Diskussionen zur Klärung wichtiger politischer Fragen als einen Bestandteil dieser Vorbereitung, zu der wir auch hier unseren Beitrag leisten wollen. Das Konzept: "Tragen wir unseren Widerstand auch in die anderen Bereiche (an den Arbeitsplatz, in den Knast, in die Schulen, die Unis, in den Kiez usw.)" ist ja tatsächlich ein riesiges Programm zur Überwindung der eigenen Isolation. Dieses Konzept wird nicht etwa dadurch in Frage gestellt, daß es heute nur kleine Minderheiten sind, die einen mutigen aber noch isolierten Kampf führen.

Wieso z.B. reagieren die Arbeiter in den Fabrikknästen dort auf die menschenzerstörenden Zustände nicht mit ihrer orga-

nisierten Wut? Wieso ist diese Wut immer noch Sache des Individuums oder winziger Grüppchen, die entweder reihenweise ge- feuert werden oder die Schnauze voll haben in den Betrieben und "aussteigen"?

Die, die in den Betrieben geblieben sind, stehen unter einem doppelten Druck: wachsende Angriffe des Kapitals auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen, Rationalisierungs- und Entlassungswellen mit ihren einschüchternden Wirkungen. Dazu der Druck eines immer strafferen gewerkschaftlichen Kontrollapparates, der jedes Aufmucken, jede kämpferische Regung in seine sozialpartnerschaftlichen Bahnen des "Bürgerdialogs" zu lenken oder zu entmutigen versucht. So ist die Situation in den Betrieben heute noch stark von einem Gefühl der Ohnmacht und der Vereinzelung bestimmt. Und zu einer Verzögerung kämpferischer Reaktionen in den Betrieben trägt durchaus auch das "Aussteigen" vieler Leute bei, die heute in den verschiedenen Bewegungen, sei es Häuserkampf oder gegen AKWs aktiv sind.

ooo

Doch wie kommen wir von den Kämpfen des Augenblicks wie z.B. Häuserkampf, Startbahn West etc., diesen Anfängen des Klassenkampfes, zu einer Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung, ohne Staatsmonster und Kriege, eben zur klassenlosen Gesellschaft - zur menschlichen Gesellschaft überhaupt - und nichts anderes ist ja der Kommunismus?

Mit den Diskussionen über Enteignungen, autonome Bereiche, Macht und Gegenmacht wurden wesentliche Fragen gestellt. Aber mal abgesehen von den theoretischen Diskussionen zeigen die heutigen Kämpfe folgendes:

Angesichts der wachsenden sozialen Krise, der internationalen Kriegsvorbereitungen, der Spannungen, die in allen Lebensbereichen zunehmen, liegt die Bedeutung z.B. der Häuserbewegung darin, daß sie ihren Kampf unnachgiebig und hartnäckig geführt hat. Gerade darin wird auch nach dem Ende der Hausbesetzerbewegung der Anknüpfungspunkt an zukünftige soziale Bewegungen liegen. Grundlegende Erfahrungen wurden gemacht:

- 1) Nur wenn wir die Spielregeln des Staates durchbrechen, auf die direkte Aktion vertrauen (d.h. ohne Stellvertreterpolitik und Parlamentskriecherei), können wir Zugeständnisse eine zeitlang erzwingen.
- 2) Jeder militante Widerstand prallt auf die staatliche Repression (Räumungen, Terrorurteile, Knast). Sich gezielt gegen die Repression zu wehren, wird zur Voraussetzung, um weiterzukämpfen zu können.
- 3) Trotz Teilsiegen und Teilniederlagen bereiten solche Bewegungen jedoch den Boden vor, um auf einer breiteren Grundlage die Kraft zu haben, den Staat anzugreifen zu können.

Doch ein Fehler besteht z.B. gerade darin, in Theorien wie der Enteignung "hier und

jetzt" die Grenzen der heutigen Teilbewegung nicht zu sehen. Solche Theorien bleiben Phrase und bringen die Bewegung nicht weiter. Sie zeigen ihre Schwächen gerade dann, wenn die Bewegung abebbt. Die Häuser sind solange "enteignet", bis sie geräumt werden. Alles oder nichts. Auf die Dauer kann das nur Frust und Demoralisierung bringen.

Bei der Bewertung der heutigen Bewegung kann man nicht von den eigenen Wunschor-

stellungen und allein vom Willen, den Staat anzugreifen und zu zerstören, ausgehen. Man muß in der Lage sein, realistisch die Situation, d.h. das Kräfteverhältnis einzuschätzen.

Und dabei wird oft verkannt, daß es im Klassenkampf zwei Ebenen gibt, die wohl eng zusammenhängen, aber doch unterschiedlich sind: unmittelbarer Verteidigungskampf und revolutionärer Angriffskampf.

Was heißt Verteidigungskampf?

Dazu einige Stichpunkte:

1) Angriffe des Kapitals auf allen Ebenen: immer erdrückendere Lebensbedingungen, immer unerträglicherer Streß am Arbeitsplatz, Entlassungen, immer schärfere Repression, Ausbau der Knäste, Ausländergesetze; die Auswirkungen der sozialen Krise beschränken sich nicht auf die politisierten Leute, sondern treffen breite Schichten des Proletariats und auch des Kleinbürgertums. Sich kämpferisch und unnachgiebig dagegen zu wehren, setzt nicht das politische Bewußtsein voraus, von vornherein den Staat zerstören zu wollen (da braucht man nur mal eine Nasenlänge über die engen Grenzen "unserer" BRD hinauszugucken). Erst in diesen Kämpfen entsteht anhand der konkreten Fragen politisches Bewußtsein auf breiterer Ebene.

2) Falsch ist die Auffassung, unmittelbarer Verteidigungskampf, also Kampf um Teilforderungen, sei etwas Passives, Unterwürfiges, sei ein Sich-Anpassen an das System, usw. Diese Auffassung entsteht als Reaktion auf das jahrzehntelange Monopol der Reformisten und sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften, die jede wirksame Verteidigung in der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens ersticken. Doch gerade der Häuserkampf in Berlin zeigt im Gegenteil, daß ein Verteidigungskampf gegen immer erdrückendere Lebensbedingungen umso größere Chancen hat, je offensiver und unnachgiebiger er geführt wird (eben diese konkrete Erfahrung suchen heute die Alternativ-Reformisten zu verhindern, indem sie solche Kämpfe in ihr Fahrwasser zu ziehen versuchen). "Das System angreifen" ist das politische Bedürfnis, doch es ist noch nicht der revolutionäre Angriffskampf: Das System besteht ja noch weiter, wir haben erst angefangen, uns zu wehren.

3) Je nach dem Kräfteverhältnis kann man den Staat zwingen, Zugeständnisse zu machen (z.B. die Häuser nicht zu räumen), ohne dabei die Illusion zu haben, diese

Zugeständnisse seien dauerhaft oder irgendetwie mit einer "Garantie" versehen. Es gibt Momente, wo man nicht die Kraft hat, die optimalen Forderungen durchzusetzen ("Legalisierung" von Besetzungen an sich oder mietfreies Wohnen) und mit dem Gegner Kompromisse schließen muß (also auch Miet- und sonstige Verträge, wenn man in den Häusern bleiben und die erreichten Gruppenzusammenhänge aufrecht erhalten will). Kompromisse - aber nicht auf die reformistische Tour, d.h. ohne deswegen eine Friedenspflicht anzuerkennen. Im Gegenteil, wenn die Bedingungen günstig sind, brechen wir den Frieden. Kein Dialog mit der Macht. Richtig.

4) Haben die heutigen isolierten Bewegungen noch nicht den sozialen Sprengstoff, um den Staat in die Luft zu jagen, werden ihn die kommenden und breiteren Massenbewegungen haben. Gerade in dieser Perspektive ist es jedoch notwendig, daß die heute gemachten Erfahrungen nicht verloren gehen, daß sich organisatorische Bezugspunkte herauskristallisieren bzw. erhalten bleiben - so wie die besetzten Häuser heute politische Freiräume und "Widerstandsnester" zur Organisation des Kampfes sind bzw. sein können.

Notwendig ist, daß sich Organisationszusammenhänge bilden (so wie sich heute z.B. Knastgruppen oder andere militante Gruppen für spezifische Aufgaben bilden), die über die augenblickliche Bewegung hinausgehen und durch ihre kontinuierliche Arbeit einen Bezugspunkt darstellen für künftige Kämpfe in anderen Bereichen.

Das ist Aufgabe derjenigen, die - ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht, ob sie es ablehnen oder nicht - faktisch Avantgarden innerhalb der Bewegung sind, gerade weil sie es sind, die das politische Leben, die Aufgaben und Bedürfnisse der Bewegung am stärksten und aktivsten wahrnehmen und umsetzen. Und das sind wahrhaftig wenige.

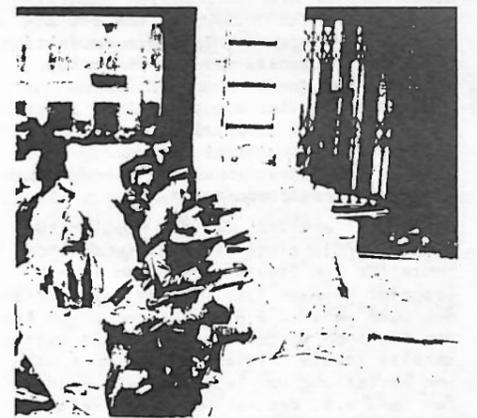
Die Machtfrage oder der Angriff auf den bürgerlichen Staat

Was steckt hinter Begriffen wie "befreite" Gebiete oder "enteignete", dem Kapital entrissene Bereiche, "Gegenmacht"? Einerseits entsprechen sie dem gesunden Bedürfnis nach politischen Freiräumen, was die besetzten Häuser ja auch sind. Doch wird daraus auch eine politische Perspektive, eine Theorie gebastelt. Die Autonomen sagen ganz richtig, daß "unsere erkämpfte Autonomie immer nur eine relative sein kann". Was heißt dann Enteignung? Auch "relative" Enteignung? "Relative" Gegenmacht? Wie kommt man damit im Kampf gegen dieses System weiter, gegen seinen riesigen, nicht nur national, sondern auch international verflochtenen und äußerst zentralisierten Machtapparat?

Will man sich ernsthaft mit der Frage der Enteignung auseinandersetzen, kommt man nicht darum herum, die Frage der Machteroberung zu stellen. Tut man das nicht, bleibt man - ohne es zu wollen - mit einem Bein im Sumpf der "Alternativen" stecken. Um enteignen zu können, muß man mit Gewalt und Terror die gestürzte Klasse von jeder weiteren Machtausübung ausschließen (=Freiheit, die Lummers und Benzkos, bzw. die Reagans und Rockefeller bis zum letzten Winkel dieser Welt zu verfolgen und ihnen das Handwerk zu legen).

"Der proletarische Kampf ist kein Kampf im bürgerlichen Staat, sondern Kampf von außen gegen diesen Staat und all seine Manifestationen und Formen. Der proletarische Kampf stellt sich nicht das Ziel, den Staat zu erobern, wie eine Armee eine Festung erobert. Sein Ziel ist es, seine Schanzen und Befestigungen dem Erdboden gleich zu machen. (...) Nach dieser Zerstörung wird jedoch eine neue Form von politischem Staat notwendig. Die Organisation der proletarischen Klassenherrschaft ist notwendig, weil es nur durch einen zentral geleiteten Einsatz systematischer Gewalt möglich ist, die Privilegien des Kapitals auszuradieren und die Produktivkräfte dem Privateigentum und der Marktwirtschaft zu entreißen, um sie in neuen, kommunistischen Formen zu orga-

nisieren" (aus "Gewalt und Diktatur im Klassenkampf", erschienen zwischen 1946 und 1948 in Italien, Texte der IKP Nr.7).



Spartakus-Aufstand 1919

Damit sind wir revolutionären Kommunisten die einzigen, die das Konzept der "Gegenmacht" konsequent vertreten: nämlich die Diktatur des Proletariats, d.h. seiner politischen Organisation. Um eine Gesellschaft ohne Machtstrukturen zu erreichen, werden wir also so lange Macht ausüben müssen, bis nicht nur die Widerstände der gestürzten Klassen endgültig gebrochen, sondern die Klassen selbst verschwunden sind. Erst dann hebt sich die Grundlage und Notwendigkeit eines politischen Apparates auf und wird ebenso verschwinden.

P.S.: Wahrscheinlich sagen jetzt etliche: "... aber in Rußland..." Danebengetippt! Die Bourgeoisien in Rußland, China oder anderswo können sich noch so sehr mit einem "sozialistischen" oder "marxistischen" Mäntelchen tarnen. Ganz besonders mit ihnen hat das Proletariat abzurechnen!

30. 1. 82, Kurs 18 West

Die fehlgeschlagene Bauplatzbesetzung

Der Erfolg oder Mißerfolg solcher Aktionen wie z.B. der Bauplatzbesetzung hat eine Bedeutung, die weit über das unmittelbare Ziel der Aktion selbst hinausgeht. Hinterläßt die Aktion ein Gefühl der Ohnmacht, so hat dies in diesem Fall nicht allein Auswirkungen auf die Mobilisierungskraft der Anti-Startbahn-Bewegung, sondern allgemein auf die Militanz und Kampfbereitschaft, vor allem bei denjenigen, die es noch nicht wagen, sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren, denn die Masse des Proletariats ist noch beherrscht vom Gefühl, daß "die da oben eh machen, was sie wollen".

Nun muß der Erfolg nicht unbedingt mit der unmittelbaren Erreichung des Ziels identisch sein. Es kommt darauf an, ob die Masse der Demonstranten (und in diesem Fall war es eine riesige Masse) in der Praxis den Eindruck vermittelt, ihren Willen durchsetzen zu wollen, für die Erreichung des Ziels tatsächlich zu kämpfen.

Einheitsbeteuerung und praktische Spaltung

So erklärten die BI's zwar vor der Aktion: "Wir lassen uns nicht in Gewaltfreie und Gewalttäter spalten!" Und sie waren gezwungen dazu, nachdem ihre gesamte gewaltfreie und legalistische Strategie zusammengebrochen war. Nach dem Debakel vom 7.11.81, dem sog. "nackten Sonntag", und vor allem nach der Ablehnung des Volksbegehrens mußten sie sich verbal radikalisieren, wenn sie ihren Einfluß behalten wollten. Aber in der Praxis blieben sie ihrem alten Konzept treu: Nur ja keine Konfrontation! Nur ja keinen effektiven Widerstand!

Die verschiedenen Erzählungen und Berichte über den 30.1.82 liefern wertvolles Anschauungsmaterial. Z.B. als eine Gruppe von Militanten auf die ersten Bullenketten traf und nach einigen Angriffen sah, daß sie (es waren ca. 500 Leute) die Bullen nicht vertreiben konnte, beschloß sie, auf die Masse der Leute zu warten. Die kam aber nicht, weil der BI-Lautsprecherwagen sie auf den mittleren und westlichen Teil von Baulos 2 "umgeleitet" hatte, während sich diese Gruppe von Militanten auf dem östlichen Teil befand. Die BI's veranstalteten dann plötzlich eine "Spontankundgebung" im Wald und hielten dabei die Leute davon ab, nach vorne in Richtung Baulos 1 zu gehen, weil da die Chaoten seien. Kurz darauf zog sich der Lautsprecherwagen der BI's und die Hauptmasse der Leute vom Bauplatz zurück.

Die Notwendigkeit unabhängiger Strukturen

Daraus ergibt sich für uns ganz eindeutig, daß es die Aufgabe des militanten Flügels sein muß, den Reformisten einen organisatorischen Gegenpol entgegenzustellen, damit wir verhindern können, daß sie ihren maßgebenden Einfluß immer wieder gegen den kämpferischen Flügel ausspielen können, nur weil sie alle organisatorischen Sachen in die Hand nehmen und dann in der Hand haben. Wie sämtliche Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, ist es durchaus möglich, daß die verschiedenen Aufgaben eines militanten Widerstands von kleinen, aber entschlossenen Gruppen übernommen werden können. Auch hier wieder ein Beispiel dafür aus der Startbahn-Demo: als die Bullen versuchten, eine militante Gruppe von der Seite zu nehmen, gab es ein paar Leute mit Megaphon, die dazu aufriefen, eine Barrikade zu bauen. Die Barrikade samt Megaphon wurde direkt zu einem Anziehungspunkt, und als sich genügend Leute gesammelt hatten, konnte man sogar zum Angriff übergehen und mehrere Hundertschaften einige hundert Meter weit zurücktreiben. (Es kommt selten vor, daß

Gewalt nicht als Selbstzweck, sondern als Instrument politischer Auseinandersetzungen

Es ist wohl klar, daß man die Auseinandersetzung mit dem Staat und den Reformisten nicht auf einer rein militärischen Ebene führen kann. Der Erfolg von militanten Aktionen läßt sich wesentlich erhöhen, wenn man davor eine allgemeine Propaganda dafür gemacht hat. Dabei muß vor allem die Notwendigkeit eines militanten Wider-

Die Mehrzahl muß also zum Zeitpunkt der Aktion ideologische Widerstände und auch schlicht und einfach die Angst überwinden. Und dies hängt zu einem entscheidenden Teil davon ab, ob der militante Flügel ansteckend wirkt, ob es ihm gelingt, die zögernden Massen spüren zu lassen, daß der Kampfwille und die Bedingungen für eine militante Aktion tatsächlich vorhanden sind. Und da genügt das Kampfbeispiel nicht, weil die ideologischen Widerstände und die Angst vor der Aktion nicht allein "spontan" vorhanden sind, sondern sie werden von Organisationen verkörpert, die ihr ganzes Gewicht auf die Waagschale werfen, um eine Ausbreitung des militanten Widerstands zu verhindern. Sie stützen sich auf alle Trägheitskräfte, um ihr eigenes parlamentarisches Süppchen zu kochen und ihrem demokratischen Konzept einer reformistischen Verbesserung des Staates und dieser Gesellschaft Geltung zu verschaffen. Und sie sind keineswegs politisch naiv.

Vorne waren die Leute inzwischen bis 100m an die Mauer von Baulos 1 vorgerückt, nachdem die Bullen sich dorthin zurückgezogen hatten. Den Bullen war es dann ein Leichtes, die mehr oder weniger isolierte, militante Vorhut der Demo, die sich ohne ihr Wissen in eine Nachhut verwandelt hatte, anzugreifen und vom Platz zu treiben.

Die BI's ließen also ihr eigenes Konzept, "ruhig und entschlossen auf breiter Front auf die Polizeiketten" zuzumarschieren, fallen - und damit übrigens auch viele der entschlossenen und behelzten *Gewaltfreien*, die sich vorne bei den Militanten befanden - und distanzieren sich damit ein weiteres Mal von den "Chaoten und Gewalttätern".

Dieses Verhalten ist typisch reformistisch und entspricht voll den Erfahrungen in der Anti-AKW-Bewegung oder in der Hausbesetzerbewegung in Berlin (Übrigens sind das auch dieselben Erfahrungen, die die polnischen Arbeiter mit der Kirche, den sozialdemokratischen Intellektuellen und der "Solidarnosc"-Führung machen konnten!). Einerseits Verbalradikalismus im Vorfeld der Aktion, um den Unmut und die Wut kanalisieren zu können und zu verhindern, daß unabhängige Strukturen mit militantem Charakter entstehen, und andererseits der "Verrat" im entscheidenden Augenblick; das Bremsen der Masse der Leute und das Ausliefern des militanten Flügels der Bewegung.

man so viele Bullen in panischer Angst davonrennen sieht!) Auch später beim Rückzug zeigte sich die Wichtigkeit eines solchen Megaphons: Über Mega wurde zur Kettenbildung aufgerufen, und in dem Bereich, wo man das Mega hören konnte und Ketten gebildet wurden, konnte der Vormarsch der Bullen zeitweilig gestoppt werden, und auch der Rückzug in mehr oder weniger geschlossener Formation ging dort praktisch ohne Knüppel ab.

Diese Beispiele zeigen erstens, mit wie geringem Aufwand eine kleine Gruppe entschlossener Leute einen wenn auch begrenzten Einfluß auf den Verlauf der Sache nehmen kann. Zweitens kann man daraus die Wichtigkeit auch von Gruppen mit mehr "logistischen" als offensiven Aufgaben ablesen. Was z.B. in dieser Hinsicht am 30.1. vollkommen gefehlt hat, waren Kuriergruppen, die vorne berichten, was hinten los ist und hinten auffordern, nach vorne zu kommen und den Leuten vorne den Rücken zu decken. Abgesehen von vielen anderen Aspekten der Koordinierung.

stands deutlich gemacht werden. Desweiteren muß die breite Masse der Leute daran erinnert werden, daß die Reformisten im entscheidenden Augenblick umkippen werden. Es muß auch etwas dagegen getan werden, daß die Reformisten jede Bewegung an der Gewaltfrage zu spalten versuchen.



Korrespondenz aus Berlin

Bewegung im Rückfluß

Die Bewegung ist vielleicht schon tot... Solche und ähnliche Stimmungen machen sich in der Berliner Hausbesetzerbewegung breit. Die Rückflußphase ist greifbare Wirklichkeit geworden, und mit ihr tritt eine Reihe von Problemen auf, mit denen man fertig werden muß. Die Bewegung ist noch nicht am Ende, aber Ohnmachtsgefühl, Zerfledderung und Abbröckelung machen sich durchaus bemerkbar. Wie kann man dieser schlimmsten Art eines Rückflusses entgegenwirken und bei vollem Bewußtsein der geschwächten Kampfkraft und ohne Illusionen den Rückfluß trotzdem so bewältigen, daß er nicht restlos in Frust und Demoralisierung endet, daß die gewonnenen Erfahrungen nicht in Frage gestellt werden und nicht verloren gehen?

Der mehr oder weniger inoffizielle weitgehende Räumungsstopp, zu dem man den Senat nach den Räumungen im vorigen September durch die massive und gewaltige Antwort auf der Straße (nicht nur in Berlin) gezwungen hatte, ist nun zu Ostern abgelaufen, und es stehen erneut Räumungen an. Eine möglichst breite Mobilisierung ist im Gange, und es ist klar, daß die Häuser nicht kampflös aufgegeben werden. Doch unter welchen Voraussetzungen findet dieses "Frühlingserwachen" statt?

Die schon immer vorhandene Spaltung der Bewegung ist mit den Verhandlungsdiskussionen im Januar und Februar zum offenen Bruch geworden.

Die positiven Bemühungen, eine gemeinsame Position, einen "Minimalkonsens" zwischen Verhandlern und prinzipiellen Nichtverhandlern zu finden, haben zu einem Ergebnis geführt, das nur auf dem Papier besteht. Die einzige Gemeinsamkeit - nämlich die besetzten Häuser - zur Grundlage zu nehmen, um die gemeinsame Forderung von Räumungsstopp für alle Häuser an den Senat zu stellen (wodurch die Frage Verhandeln-Nichtverhandeln samt ihren zermürbenden und aufreibenden Diskussionen zweitrangig geworden wäre: dafür fehlte die Voraussetzung, nämlich die allgemeine Bereitschaft und Kraft, sich aktiv dafür einzusetzen und den nötigen Druck (auf der Straße) auszuüben. Und bei der Frage der Verhandlungen selbst - nämlich unter den bestmöglichen Bedingungen zu verhandeln, was bedeuten würde, "kollektiv und offensiv" die eigenen Forderungen vorzutragen - haben sich besonders krass die negativen Auswirkungen gezeigt, die hinter der Ablehnung jeglicher Zentralisierung und damit besserer Organisation der eigenen Bewegungsorgane stecken. Das positive der Spontaneität, der "Unberechenbarkeit" der Bewegung hört da auf, wo man dem Gegner geschwächt gegenübersteht, wo die große Power der Aufschwungphase vorüber ist und man mit einer schon deshalb schwierigeren Situation fertig werden muß.

Heute herrscht also teilweise das "Rette-sich-wer-kann", d.h. einzelne Häuser oder kleine Gruppen von Häusern haben Verhandlungen aufgenommen und zum Teil schon ab-

Militanter Widerstand heißt nicht notwendigerweise, daß jeder mit einem Knüppel durch die Gegend läuft und Mollis schmeißt. Militanter Widerstand bedeutet, daß jeder sich seinen Möglichkeiten entsprechend einbringt und jeden anderen unterstützt und verteidigt, der effektiv in die gleiche Richtung geht. In Wirklichkeit ist die Frage der Gewaltanwendung nicht die entscheidende Grenze zwischen dem kompromißlerisch-zögernden und dem radikalen Flügel einer Bewegung. Sie wird von den Reformisten bloß dazu gemacht, die so die Ängste und Unerfahrenheit vieler Leute auszunutzen, um den radikalen Kräften das Wasser abzugraben.

ooo

Wir wollen hier nun nicht behaupten, daß dieses Konzept ein Wundermittel ist, mit dem man alles mögliche und unmögliche durchsetzen kann. Das Wirksame an diesem Konzept liegt unserer Ansicht nach so-wieso nicht auf militärischer, sondern auf politischer Ebene: Dadurch, daß wir breite Massen in unsere Kämpfe einzubeziehen versuchen, wird die Bourgeoisie gezwungen sein, zumindest teilweise nachzugeben, um den Radikalisierungsprozeß abzustoppen. Bei der Startbahn-West ist

geschlossen. Damit sind schlechte Bedingungen gegeben

1) für die Frage der Gefangenen, wo die Forderung der "Freilassung der Gefangenen und Einstellung aller Strafverfahren" wohl manchmal formal mit auf den Verhandlungstisch gepackt wird, aber in Wirklichkeit zur Farce wird, wenn weiter die minimalen Voraussetzungen fehlen, um diese Forderung ernsthaft zu stellen: nämlich sich überhaupt aktiver und intensiver um die Gefangenen und die Prozesse zu kümmern. Die schlecht oder kaum besuchten Prozesse und die Schwäche der "Knastgruppen" bezeugen in diesem Zusammenhang, wie weit der Staat mit dem Zweck von Repression und Kriminalisierung vorangekommen ist: die Einschüchterung wirkt sich auch in einer Verdrängung dieser Probleme aus, man will damit nichts mehr zu tun haben, ist nur noch auf das eigene Haus und dessen vertragliche Absicherung konzentriert. Auf diese subtile Weise erreicht die Repression dann ihr Ziel, einen breiten Teil der Bewegung wieder in die bürgerlichen Spielregeln zu integrieren.

Die "Knasttage" im Februar mit ihrer Reihe von Veranstaltungen und Diskussionen zu den Fragen der Kriminalisierung der Bewegung waren ein wichtiger Ansatz, auch das Problem der Gefangenen wieder stärker in den Vordergrund zu rücken. Doch geht es darum, daß mindestens die Leute, die sich dieses Problems bewußt sind, gerade jetzt in der Rückflußphase eine stärkere und kontinuierlichere Tätigkeit in diese Richtung entfalten.

2) Einzelverhandlungen in der Stimmung "Rette-sich-wer-kann" sind auch die schlechtesten Bedingungen, um die von Räumung bedrohten Häuser zu verteidigen.

Neben einer Reihe von besonders harten Terrorurteilen hat die Repression in den letzten Monaten besonders scharf auf den Demos zugeschlagen. Nicht daß sich die Bullentaktik grundsätzlich geändert hätte, die Brutalität ihrer Einsätze war schon immer massiv. Doch kommen noch einige neue Aspekte hinzu, und zwar spezifisch bei Bewegungs-Demos: besonders provokative SEK-Greif- und Prügeltrupps, hufenweise Zivitrupps, die gezielt Leute herausgreifen (laut offiziellen Daten sind 30% der Bullen im Einsatz in Zivil), besonders schikanöse Auflagen zusätzlich zum Vermummungsverbot und Filzereien am Versammlungsort - mit dem Ziel, die noch vorhandene Power gänzlich einzuschüchtern und den militanten Leuten zu zeigen, "wir kennen jeden Einzelnen von Euch und haben Euch total unter Kontrolle".

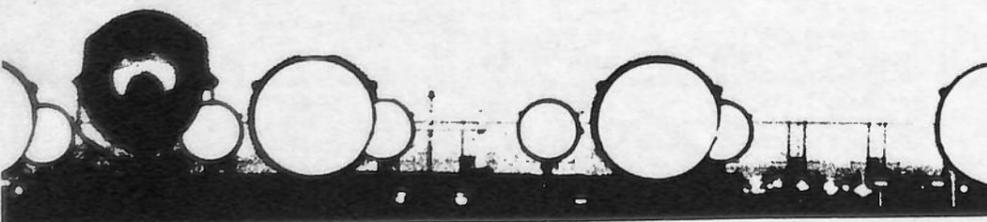
Damit haut die Repression gezielt in eine Schwachstelle der Bewegung, den Demoschutz. Die Knastdemo vom 13.2. konnte von den Bullen so auseinandergeprügelt werden, daß die breite Angst berechtigt und die Demoralisierung nie so groß war wie unmittelbar danach. Somit treten gerade in der Rückflußphase Probleme wie Demoschutz besonders krass hervor und bisher vernachlässigte (oder aus Spontaneitätsprinzip bewußt abgelehnte) Aufgaben

Fortsetzung auf S. 6

der Punkt, wo das aufgrund des bisherigen Aufschwungs der Bewegung möglich gewesen wäre, vorbei. Jetzt, nach dem gescheiterten Besetzungsversuch, hat sich ein Ohnmachtsgefühl breitgemacht. Die Verantwortung dafür tragen die BI's, die gerade in der entscheidenden Phase von November bis Januar mit ihrer versöhnlichen Politik der Bewegung das Kreuz zumindest zeitweilig gebrochen haben.

Genau das ist das Entscheidende: daß es den Reformisten nicht mehr gelingt, den Militanten in den Rücken zu fallen. Wenn man es schafft, sich für Demos usw. so vorzubereiten, daß man beim zu erwartenden "Verrat" der Reformisten nicht nackt dasteht, sondern seine Ziele weiterverfolgen kann, dann hat man einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung jeder militanten Bewegung und für die Wiederaufnahme des proletarischen Klassenkampfes geleistet.

Dies gilt selbstverständlich für die weiteren Massenaktionen gegen die Startbahn im Hinblick auf einen künftigen Aufschwung. Aber eigentlich war dieser Artikel ein Beitrag im Hinblick auf die IDEE in Hannover und auf die Anti-Reagan-Demo in Berlin.



Fortsetzung von S. 1

Wo steht das internationale Proletariat?

ter dem Aushängeschild des Marxismus verbergen sich die schlimmsten Formen der Klassenunterdrückung und des Imperialismus. Wir stehen heute vor den verheerenden konkreten Äußerungen dieser Wahrheiten.

Wie werden wir sie überwinden? Der historische Materialismus lehrt uns, daß die Arbeiterklasse - wie jede andere Klasse - nicht ausgehend von Ideen, sondern von materiellen Interessen kämpft. Von ihren dringenden Bedürfnissen angetrieben, nimmt sie zunächst die theoretischen Waffen, die sie heute in dem ideologischen Arsenal der Gesellschaft vorfindet. Nach dem historischen Kahlschlag der Konterrevolution findet sie dort zunächst nur die Ideologien und Programme des Klassengegners.

Die Arbeiterklasse kämpft also am Anfang mit den Waffen, die sie im Gestrüpp der Widersprüche bürgerlicher Herrschaft vorfindet. Sie kleidet ihre Forderungen in diese Ideologien ein und versucht, mit ihnen die Bedürfnisse, die sie unmittelbar zum Kampf treiben, auszudrücken. Sie treibt sie dabei zunächst ins Extrem.

Erst wenn die Kämpfe nach wiederholten Malen eine gewisse Intensität und Tiefe erreicht haben und sich wechselseitig als Sprungbrett dienen - was heute durch die allgemeine Krise des Kapitalismus möglich ist -, werden Gruppen von Proletariern und nicht mehr allein einzelne Individuen die Wirkungslosigkeit dieser Waffen erfahren. Denn sie stoßen mit ihnen an die Grenzen der bestehenden sozialen Ordnung und versuchen deshalb, mit diesen Programmen und Ideologien zu brechen.

Der Arbeiterklasse in Polen konnte eine Führung, die den Demokratismus bis zur Absurdität des Selbstverwaltungs-Reformismus von unten treibt, noch nicht erspart bleiben. Im Iran konnte ihr die Führung durch eine religiöse Opposition gegen das Schah-Regime und danach durch eine demokratisch-reformistische Opposition gegen das Ayatollah-Regime noch nicht erspart bleiben. In Europa konnte ihr die 68-Linke genauso wenig erspart bleiben wie in Italien insbesondere die "terroristische Reaktion" auf den offensichtlich konterrevolutionären Charakter der sogenannten Arbeiterparteien.

Es hat keinen Sinn, über den unmittelbar katastrophalen Ausgang von Erfahrungen zu jammern, die man nicht vermeiden kann. Denn so bitter diese Erfahrungen auch sein mögen, so haben sie doch zumindest den Vorteil, gemacht zu werden. Das ist allerdings nur dann ein Vorteil, wenn der revolutionäre Marxismus sie ausnutzt und fruchtbar macht.

Auf internationaler Ebene sind sie für diejenigen wichtig, die sie zwar nicht direkt machen können, sie aber als ihre eigenen Erfahrungen betrachten und mit reger Anteilnahme verfolgen. Durch sie werden Generationen von Proletariern und revolutionären Militanten angespornt, nach dem richtigen Weg zur proletarischen Befreiung zu suchen. Gleichzeitig liefern sie dem revolutionären Kommunismus unschätzbare Material für eine kommunisti-

Fortsetzung

von S. 1

IDEE — NATO-Gipfel — Reagan Besuch

sieht die deutschen Interessen offensichtlich an der Seite der Sowjetunion besser aufgehoben. Ein anderer Flügel möchte zugleich die Distanz zu den USA und zu der SU unterstrichen sehen. In allen Fällen geht es um das nationale deutsche Interesse, bzw. um die internationalen Interessen Deutschlands. Die Atomraketen und der Frieden spielen dabei dieselbe Rolle wie die Massen: Sie werden benutzt, sind Manipulationsobjekt.

Auch damit - und nicht allein mit der programmierten Lahmarschigkeit - hängt das Unbehagen der radikalen Kräfte gegenüber der Bonner Demo zusammen. Man kann sich in Bonn nicht differenzieren und den eigenen politischen Willen zum Ausdruck bringen. Doch diese Frage ist nicht allein eine Frage des militanten Charakters der Demo, sondern auch bestimmter Inhalte. Beim Reagan-Besuch ist entscheidend, daß man den Kampf gegen den US-Imperialismus nicht auf einen Boden stellt, wo man den deutschen Imperialismus verharlost und, anstatt Internationalismus zum Ausdruck zu bringen, im Grunde die Interessen einer deutsch-nationalen Politik unbewußt artikuliert. Dies muß man bei den Losungen, Aktionen und Erklärungen berücksichtigen.

Dabei denken wir natürlich vor allem an die Berliner Demo, da es in diesem Falle (zwei aufeinanderfolgende Tage, zwei weit auseinander liegende Städte) kaum realistisch ist, für ein blockweises Auftreten in Bonn einzutreten, um dort unter anderem für die Berliner Demo zu mobilisieren. In diesem Falle scheint uns die beste Mobilisierung für eine militante Demo, die beste Form, einen Anziehungspunkt zu bilden, gerade in der Organisation einer getrennten Demo, die sich von Bonn unterscheidet, also in der Berliner Demo zu lie-

sche Erziehung und zunächst für eine politische Erziehung von Gruppen von Proletariern, die heute nicht mehr so klein sind wie früher. Dies geschieht in Verbindung mit der Beteiligung der Kommunisten an den Arbeiterkämpfen auf der Grundlage einer Position, die zwar unabhängig bleibt gegenüber unzureichenden und falschen Orientierungen, aber zugleich durch einen unnachgiebigen und geduldigen theoretischen und praktischen Kampf den Proletariern hilft, diese zu überwinden.

Diese Erfahrungen liefern auch die Ansatzpunkte für eine Propaganda in Richtung auf die Militanten, die die Notwendigkeit eines allgemeinen Kampfes gegen den Kapitalismus spüren. So kann man ihnen zeigen, daß die Theorie, das Programm, die Taktik, und die Organisation des von den kommunistischen Linken wiederhergestellten Marxismus überlegen sind und eine wirksame Antwort auf die Erfordernisse des ideologischen, politischen und ökonomischen Kampfes geben, auf die Fragen, die der revolutionäre Klassenkampf, der sich heute wieder am Horizont der Geschichte abzeichnet, zwangsläufig stellt.

Und schließlich sind diese Erfahrungen unerlässlich, damit unsere kleine Partei sich die revolutionäre Erfahrung aneignet, die ihr noch fehlt, weil ihre Aktivität während einer langen Periode aufgrund ungünstiger historischer Bedingungen verstümmelt war. Durch diese Erfahrungen wird sie fähig werden, sich in allen Bereichen der kommunistischen Tätigkeit den Erfordernissen einer neuen geschichtlichen Periode anzupassen.

Sie liefern also die Energie für die Verschmelzung von Arbeiterbewegung und Sozialismus, ein Prozeß, dessen Ausdruck und Träger die kommunistische Partei sein muß. Ohne die Partei würde diese Energie letztlich verloren gehen und die Erfahrungen müßten immer wieder aufs neue gemacht werden.

Wir sind heute erst am Anfang dieses langen "Verschmelzungsprozesses". Er wird noch viel Energie und Mühe verlangen und die Fortschritte werden harte Opfer und sogar zeitweilig schmerzhaft und heftige Rückschläge kosten.

In diesem Sinne muß man den Proletariern der Avantgarde und den revolutionären Militanten die Erfahrungen erklären, ohne deshalb die nützlichen Versuche eines proletarischen Kampfes derjenigen zu lähmen, die noch nicht durch Erfahrung gezwungen waren, die harten Anforderungen der revolutionären Vorbereitung zu erkennen und zu akzeptieren.

Aber wir müssen denjenigen, die das verstehen, auch beweisen, daß sie mit uns zusammenarbeiten müssen. Die Grundlagen dieser Arbeit hat unsere Partei nicht erfunden; sie hat sie in einem schwierigen, aber nützlichen Kampf der Konterrevolution abgerufen. Ziel der Arbeit ist es, diesen Verschmelzungsprozeß möglich zu machen und voranzutreiben. Er wird zur starken und kompakten Partei von morgen führen, die die Weltrevolution zum Sieg braucht.

gen. Angesichts des zu erwartenden Polizeiaufgebots (incl. aller Vorbeugemaßnahmen, auf die der Staat inzwischen u.a. durch tausendfache ED-Behandlungen gut vorbereitet ist) ist der Erfolg der Demo aber von einer guten Vorbereitung und Organisation (vor allem natürlich in Berlin selbst) und von einer massiven Mobilisierung in Westdeutschland abhängig

Diese Überlegungen gelten auch im Hinblick auf die IDEE, wobei wir hier der Ansicht sind, daß man sich an der Demo vom 15.5. (obwohl sie drei Tage vor Beginn der IDEE selbst stattfindet und zu einem großen Teil von pazifistisch-abwieglerischen Kräften getragen wird) beteiligen soll, wenn landesweit genügend mobilisiert wird für einen kämpferischen Block, der als Ausgangspunkt für die Ermütigung und Mobilisierung für die Aktionstage während der Messe des elektronischen Mordes dient. Die Demo am 15.5. kann eine große Bedeutung gewinnen, wenn sich da etwas ankurbeln läßt, daß in den folgenden Tagen und vor allem zum Zeitpunkt der IDEE vom 18.-20.5. (wo alle Militärmessen gleichzeitig laufen) dann einen Höhepunkt erreicht. Auf jeden Fall muß versucht werden, in Hannover ein Zeichen zu setzen. Dies würde auch positive Rückwirkungen auf die Hausbesetzerbewegung in Berlin haben und hätte einen grossen Mobilisierungseffekt für die spätere Demo anlässlich des Reagan-Besuchs.

Man muß nach Hannover gegen die Kriegsvorbereitungen, aber nicht mit der Perspektive, den imperialistischen Frieden (d.h. die herrschende Ordnung!) zu sichern, gegen den Imperialismus insgesamt, aber auch unmißverständlich gegen den deutschen Imperialismus

Korrespondenz aus Berlin

Bewegung im Rückfluß

Fortsetzung von S. 5

werden in ihrer Dringlichkeit klar. Vielen stellt sich die Frage: Will man überhaupt noch "eigene" Demos machen und nicht nur lahme AL-Schweigemärsche, muß man die Demos so organisieren und schützen, daß die Leute wieder Mut bekommen, sich überhaupt auf eine von der Bewegung angesagte Demo zu trauen.

Nach diesem Debakel spürte die Bewegung, daß es erstmal notwendig war, einen Rückzug zu machen, eine Art Pause einzulegen und sich in Ruhe auf kommende Demos vorzubereiten.

So wurden Mitte März zwei bereits angesagte Demos (eine zu El Salvador und kurz danach eine gegen die Terrorurteile: Verurteilung von 3 Leuten zu insgesamt 7 1/2 Jahren Knast innerhalb von 3 Tagen) kurzfristig abgesagt. Man war sich wohl ihrer Wichtigkeit bewußt, man wollte aber nicht riskieren, durch eine "Inflation" von mißlungenen Kleindemos auch die Inhalte nicht vermitteln zu können und die Demoralisierung letztendlich nur noch zu vergrößern.

Inzwischen haben sich in mehreren Ansätzen Demoschutzgruppen gebildet und konkrete Vorbereitungen in die Hand genommen. Es war klar, daß es nicht darum ging, zum x-ten Mal Appelle zu verbreiten wie "Bringt Helme mit", sondern konkrete Maßnahmen abzusprechen, wie man durchsetzen kann, daß behelmte Gruppen zur Demo stossen, ohne abgegriffen zu werden, um nur ein Beispiel zu nennen. Die El-Salvador-Großdemo vom 27.3. hat gezeigt, daß es möglich ist, zumindest im militanten Block ein Minimum an Selbstschutzmaßnahmen durchzusetzen. Doch war dies nur ein Anfang und es muß noch viel in diese Richtung getan werden. Es genügt nicht, eine eigene Demotaktik zu haben, man muß auch in der Lage sein, über den vertrauten Kreis hinaus die geplante Taktik den anderen Demoteilnehmern zu vermitteln - will

Fortsetzung von S. 3

Die Laufbahn der bewaffneten Partei

Das ist das Schema der Thesen der BR von 1980: Nach der "bewaffneten Propaganda" wollen sie die Entwicklung der "revolutionären Massenorganisationen" vorantreiben, indem sie den exemplarischen bewaffneten Kampf intensivieren und erweitern. Von allen Gruppen, die dieses "Anspornen" theoretisiert haben, ging übrigens die RAF am weitesten: Sie setzte ausdrücklich auf die Wirkung der Repression, die durch ihre Aktionen ausgelöst werden würde, um das Proletariat zum Kampf zu treiben, weil sie ihm dadurch den reaktionären Charakter des kapitalistischen Staates gezeigt hätte. Solche Auffassungen decken sich mit denjenigen der stalinistischen KP's, die während der Nazi-Okkupation im 2. Weltkrieg genau diesen mechanischen Terrorismus gegen die Besetzer praktizierten.

Es ist kein Zufall, wenn so viele terroristische Gruppen die maoistische Optik übernehmen und die Bourgeoisie mit einer "fremden Besatzungsmacht" gleichsetzten. Hierin liegt auch ein anderer Aspekt ihrer Theorisierungen. Viele Gruppen verstanden sich als "Partisanen", die im Hinterland des Imperialismus in enger Verbindung mit den antiimperialistischen Kämpfen der Dritten Welt oder auch mit dem "sozialistischen Lager" handelten. Daher ist auch die Diskussion über das Wesen und die Rolle der UdSSR, die augenblicklich die BR spaltet, so wichtig: Der Zyklus der nationalen, antiimperialistischen Revolution in der Dritten Welt ist praktisch beendet, und wenn man nun erkennen muß, daß Rußland wie auch China "sozialimperialistisch" ist (wenn dieser Begriff auch in einem ganz anderen Sinne als bei Lenin oder uns verwendet wird), hat die Strategie der "Partisanen im Hinterland" keinen Sinn mehr und die Strategie des reinen "Aktionsbeispiels" muß in den Vordergrund treten. In diese Richtung gehen schon die Thesen der BR von 1980.

Die Unfähigkeit, die Isolierung zu durchbrechen und eine wirkliche Massenbewegung auszulösen, sowie die harten militärischen Rückschläge müssen ein fürchterliches Durcheinander hervorrufen und tun dies in der Tat auch. Hinzu kommt der bestialische Druck seitens des Staates - der sich aller Mittel bedient, von der Bestechung bis zur Folter-, und beides zusammen erklärt die zahlreichen "reinen Sünder" wie auch die politische Krise der "bewaffneten Parteien".

Hier wirkt sich die Verkennung der objektiven Entwicklung des Klassenkampfes mit all seinen materiellen, historischen und politischen Faktoren, die Verkennung der realen Rolle, die das Bewußtsein und der Wille der Partei dabei spielen, verheerend aus. Es ist in der Tat mehr als verständlich, daß für denjenigen, der in der individuellen Tat und in der bewaffneten Aktion an sich die wesentlichen Elemente der Revolution erblickt und der demzufolge kein großes Vertrauen in die Möglich-

man in Zukunft z.B. vermeiden, daß überraschende und an ungeeigneter Stelle losgehende Steinwürfe es den Bullen leicht machen, die beabsichtigten Aktionen des militanten Blocks zunichte zu machen. Wobei es natürlich immer schwer sein wird, Provo-Aktionen, wie Steinwürfe von Zivis, zu verhindern, doch kann man deren Schaden eindämmen, wenn man vorher weiß, wie und wo man nach überraschenden Bullenangriffen die Demo fortsetzen will, um dadurch das hilflose und ziellose Auseinanderrennen der Demonstranten möglichst zu verhindern und wieder Vertrauen in die eigene Kraft zu geben, auch wenn die große spontane Power heute nicht da ist.

Ziel der Repression ist es, jetzt gerade in der Rückflußphase jede Militanz endgültig zu brechen. Wollen wir die Bewegung nicht von uns aus für tot erklären, dann liegt heute die Verantwortung der kämpferischen Leute gerade darin, kontinuierlich und organisiert den demoralisierenden Auswirkungen der Repression entgegenzuarbeiten.

Dabei wird die vorhandene Rückflußphase nach über einem Jahr des Kampfes nicht allein begleitet von Verzweiflungserscheinungen und der Suche nach individuellen Auswegen, sondern auch durch ein enorm positives Bedürfnis nach politischer und theoretischer Klarheit, das heute bei vielen kämpferischen Bewegten in den Vordergrund tritt. Das ist ein Fortschritt und hat langfristig eine große Bedeutung für die weitere Entwicklung. Es ist aber unerlässlich, daß dieser Prozeß der politischen Diskussion und Klärung die praktischen Aufgaben und den täglichen Kampf nicht beiseite schiebt, sondern positiv, fruchtbar auf ihn zurückwirkt. Hieran werden die verschiedenen politischen Auffassungen und Theorien und die Zirkel, die sich um sie festigen werden, zu messen sein.

Berlin, 12.4. 1982

keit einer Aktion der proletarischen Massen hat (er betrachtet sie nicht als Träger der Revolution und hält sie nicht einmal für integrierbar in einen wirklichen revolutionären Prozeß), die Erfolge der staatlichen Repression wie eine endgültige Niederlage erscheinen: *Der Motor der Revolution* fällt in die Hände der Bourgeoisie, wenn ihre Spezialeinheiten das Netz des bewaffneten Kampfes zerstören. Und ein Militant, der nicht "bereuen" will, muß unweigerlich glauben, daß das Zentrum des Klassenkampfes sich nunmehr dort befindet, wo die Masse der "kommunistischen Kämpfer" eingesperrt ist, nämlich in den Gefängnissen; die Schriften der BR-Gefangenen in Trani und Palmi von 1981 gehen sehr weit in diese Richtung.

Hier wird das tatsächliche Ergebnis der falschen Orientierung einer wirklichen Kampfbereitschaft ganz deutlich. Einerseits führte sie nicht zum Ausbruch des Klassegegensatzes, sondern zu einer falschen Polarisierung der Gesellschaft in "Terroristen" und Demokraten. Andererseits hat sie die kämpferischen Elemente noch weiter isoliert: Materiell, weil sie sich allein auf die illegale Aktion beschränkten, noch bevor sie in den Gefängnissen isoliert waren; politisch durch die abstrakte und unmögliche Perspektive, die sie den Massen aufzeigten und deren Scheitern sie schließlich dazu führt, ihre eigene Isolierung zu theorisieren. Sie hat damit der Arbeitermasse eine große Zahl von Elementen entzogen, die ihre Organisatoren und unmittelbaren Führer hätten werden können. Dadurch wurde das Gewicht der konservativen Kräfte gestärkt und der Prozeß der Organisation der Arbeiterklasse behindert.

Diese "romantischen" Versuche waren jedoch unvermeidlich. Die Wiederaufnahme des Klassenkampfes geht mühsam voran und macht tausend Umwege. Dieser äußerste Versuch, den Lauf der Geschichte zu beschleunigen und die sofortige Revolution durch den Willen zu erzwingen, war zwangsläufig. Und diese Erfahrung ist nicht notwendigerweise unnütz, auch wenn das unmittelbare Ergebnis negativ ist. Einerseits werden viele Militanten, die diese Erfahrung gemacht haben, in der Zukunft beim revolutionären Kampf mit Sicherheit dabei sein. Andererseits liefert die Erfahrung selbst Ansatzpunkte für eine Bilanz, mit deren Hilfe Einzelne oder auch Gruppen ihre Orientierungen überwinden und sich der Gesamtheit der verschiedenen Aufgaben und Bedingungen der proletarischen und kommunistischen Revolution bewußt werden können.

Wir haben von Anbeginn diese falsche Orientierung bekämpft, ohne jedoch die Kraft gehabt zu haben, dem Proletariat diese Erfahrung zu ersparen. Das hat uns allerdings nie daran gehindert, die Notwendigkeit einer Solidarität und aktiven Ver-

Fortsetzung auf S. 9

Die Wurzeln der Gewalt in El Salvador

Laut offiziellen Zahlen hat der Terror in El Salvador bereits 1980 10.000 Opfer gefordert. Hinzu kommen noch die Opfer der bewaffneten Auseinandersetzungen. 1981 forderte der Bürgerkrieg mehr als 27.000 Todesopfer. Und inzwischen gibt es weit mehr als 100.000 Flüchtlinge, die nach Honduras, Costa Rica und Mexiko geflohen sind, um der Gewalt zu entgehen. Dies bei einer Gesamtbevölkerung von 4,5 Millionen.

Gegen welche soziale Schichten richtet sich die Repression? Eine Veröffentlichung der Jesuiten in El Salvador (1) liefert einige Zahlen für die Zeit zwischen Januar und Juni 1979. In dieser kurzen Periode wurden 406 Personen aus politischen Gründen hingerichtet. Bei 149 von ihnen konnte man den Beruf nicht feststellen, 107 waren Bauern, 61 Arbeiter, 44 Studenten, 26 Lehrer, 12 Guerilleros, 2 Freiberufliche und 2 Geistliche. Von 307 politischen Häftlingen waren 129 Bauern, 85 ohne feststellbaren Beruf, 49 Arbeiter, 26 Studenten, 14 Lehrer, 2 Geistliche und 2 Freiberufliche. Es ist berechtigt anzunehmen, daß die Mehrheit der Opfer und Gefangenen "ohne feststellbaren Beruf" den proletarisierten und bäuerlichen Massen entstammt. Jedenfalls besteht die Mehrheit der Opfer aus Arbeitern, Bauern und Lehrern. Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand: Wesentliches Ziel des staatlichen Terrors sind die städtischen und Landarbeiter, die proletarisierten Massen der Slums mitinbegriffen.

In einem Artikel der Zeitschrift "Estudios sociales centroamericanos", Nr. 25 (Januar-April 1980), die den bezeichnenden Titel "Bauernbewegung oder Kampf des Landproletariats in El Salvador?" trägt, wird die Lage auf dem Lande gut beschrieben. Man kann hier lesen: "Der Kampf der salvadorianischen Bauern ist in den letzten Jahren intensiver geworden. Er hat Formen angenommen, die sich von denen der traditionellen lateinamerikanischen Bauernbewegungen historisch unterscheiden. Sie besetzen nicht das Land der Plantagen. (...) Die Kämpfe konzentrieren sich eher auf die Forderung nach besseren Löhnen und Leistungen und niedrigeren Pachtgeldern. (...) Die Organisation und Methoden des Kampfes entsprechen nicht den im allgemeinen von den Bauernbewegungen angewandten, sondern vielmehr denen des städtischen Proletariats."

Die große Kampfbereitschaft des ländlichen Proletariats und Halbproletariats ist das unmittelbare Ergebnis der massiven sozialen Proletarisierung der salvadorianischen Bauern im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte. Während die keinen Boden besitzenden Landarbeiter 1961 noch 11,8% der Bevölkerung ausmachten, bildeten sie 1971 29,1% und 1975 bereits 40,9%. Die Anzahl der Halbproletarier (Bauern, die weniger als 1 Hektar besitzen) geht in diesem Zeitraum von 41,6% auf 34,1% zurück, aber der Gesamtanteil der Lohnabhängigen steigt von 63,4% auf 75% an. Das reservelose Landproletariat bildet nunmehr einen entscheidenden Teil der Tagelöhner, und es drückt ihren Kämpfen seinen besonderen Stempel auf.

Diese Entwicklung ging einher mit der schnellen kapitalistischen Umwandlung auf dem Lande. Das Kolonat, das alte Pachtssystem, bei dem der Grundbesitzer eine Parzelle gegen die freie Verfügbarkeit der Arbeitskraft des Bauern bewilligte, ist von 43% des von Familien mit weniger als 1 Hektar bebauten Bodens 1961 auf 22% 1975 gesunken. Dagegen stieg das Geldpachtssystem von 23% auf mehr als 50% 1975.

Dieser Prozeß wurde wie immer von einer massiven Verarmung der proletarischen Massen begleitet. So betrug das Einkommen einer proletarischen Familie auf dem Lande 1975 nur noch 84% ihres Einkommens von 1961. Beim Halbproletariat waren es 80%. "Das reale" Jahreseinkommen ist bei 75% der bäuerlichen Familien unter das Lebensminimum gesunken. (...) Hieran ist vor allem die Verschlechterung der Lage des lohnarbeitenden Bauern schuld. Als solcher erhielt er einen Lohn, der unter den Bedürfnissen seiner Reproduktion lag, denn ein Teil dieser Bedürfnisse wurde ja durch die Familienproduktion abgedeckt. Gegenwärtig müssen diese Familien einen großen Teil ihrer Aktivitäten außerhalb der Parzelle ausüben" (ebenda). Andererseits darf man auch nicht vergessen, daß 1971 die Arbeitslosigkeit auf dem Lande während des Winters 47,7% betrug.

Diese schnelle Entwicklung hat das Landproletariat dazu getrieben, zu kämpfen und sich zu organisieren. "Um für ihre Interessen, insbesondere für eine Erhöhung des Mindestlohns und bessere Lebensbedingungen zu kämpfen, haben sich die Halbproletarier auf dem Lande organisiert. Die wichtigste Organisation ist die Christliche Föderation der Salvadorianischen Bauern (FECCAS). Diese Organisationen kennzeichnen sich durch ihren äußerst militanten Charakter. Und bei praktischen

Aktionen kommt es zwischen ihnen und den proletarischen und fortschrittlichen Organisationen der Städte zu Zusammenschlüssen und Absprachen. Ihr militanter Charakter spiegelt ihre Notlage wieder" (ebenda).

Eine andere bereits zitierte Quelle schreibt: "Die Landarbeiter haben sich in Forderungsvereinigungen mit einem konkreten Forderungskatalog organisiert. Wir glauben, daß die FECCAS 10.000 und der Bund der Landarbeiter (UTC) 7.000 Mitglieder hat. Diese zwei Organisationen, die rechtlich nicht anerkannt sind, haben unter den Arbeitern einen großen Einfluß. Ihre Forderungen (...) zielen auf die Anerkennung der gewerkschaftlichen Rechte und auf einen unbehinderten Zugang zur Pacht!" (2) Wie man sieht, hat das Landproletariat die Halbproletarier und die armen Bauern mit sich gerissen, was durch die massive Verbreitung des Geldpachtensystems begünstigt wurde, denn angesichts des ungeheuren Rückgangs des Kolonats "ist die Pacht zum wichtigsten Mittel der Bauern geworden, um an Land ranzukommen." (3)

Um den Kämpfen der arbeitenden Massen auf dem Lande zu begegnen, hat sich die Bourgeoisie ihrerseits organisiert. Sie hat ihre paralegalen Banden (ORDEN) sowie die Nationalgarde und die Armee mobilisiert.

Die Repression ist brutal. Aber das Landproletariat und die arme Bauernschaft standen in ihrem Kampf nicht allein da, denn es war ihnen gelungen, enge Verbindungen zu einer städtischen Arbeiterbewegung zu knüpfen, die sich in Aufschwung befand.

Zwar ist der Prozentsatz der in der Industrie beschäftigten Bevölkerung zwischen 1961 und 1975 von 12,8% auf 10% zurückgegangen, doch ist es während der gleichen Zeit zur Entwicklung eines modernen Industrie-sektors gekommen, der das industrielle Handwerk zurückgedrängt und ein stärker konzentriertes Industrieproletariat hervorgebracht hat, das über eine größere Fähigkeit der Organisation und Mobilisierung verfügt.

Dieser Industrialisierungsprozeß hat zum Anwachsen einer kämpferischen gewerkschaftlichen Bewegung geführt, deren Kampf durch die schnell sinkende Kaufkraft der Löhne noch verschärft wurde: -5,5% 1972, -2,2% 1973, -12% 1974, -11% 1975 und -4,3% 1977. Die internationale Konjunktur wirkte sich stark auf das Land aus. Ein ganzer Bereich der Industrie - vor allem die Textilbranche - mußte sich einem Wandlungsprozeß unterziehen, um nicht mehr in die Nachbarländer sondern in die entwickelten Industrieländer, insbesondere die USA, zu exportieren. Dort traf man auf die Konkurrenz anderer Länder wie Singapur oder Taiwan, was eine wilde Ausbeutung nach sich zog.

(S. 596). Es ist klar, daß diese schon schwierigen Kampfbedingungen durch den Ausnahmezustand noch verschlechtert wurden.

Die Gewalt, mit der die Bourgeoisie die Organisation und den Verteidigungskampf der Landarbeiter, der armen Bauern, des Industrieproletariats und selbst der Lehrer zu verhindern versucht, hat diese selbstverständlich dazu geführt, sich untereinander und mit den Organisationen zu verbünden, die sich auf den bewaffneten Kampf gegen die bestehende Ordnung berufen. Die Bildung des Revolutionären Volksblocks (BPR) ist das Ergebnis einer Koordination zwischen der Föderation der Landarbeiter (die aus einem Zusammenschluß von FECCAS und UTC entstand), der Vereinigung der Slumbewohner, der Nationalen Vereinigung der Lehrer, dem Gewerkschaftlichen Koordinationskomitee (das 33 Gewerkschaftsorganisationen umfaßt), den Revolutionären Universitätsangehörigen und der Revolutionären Studentenbewegung. Diese Front ist mit den Volksbefreiungskräften Farabundo Martí verbunden, einer Organisation militärischen Charakters. Die Vereinigte Volksfront (FAPU) ihrerseits umfaßt die Gewerkschaftsföderation FENESTRAS und ist mit den Bewaffneten Kräften des Nationalen Widerstands (FARN) verbunden, während die Volksliga des 28. Februar, die unter den Landarbeitern und Bauern Einfluß haben, mit der ERP (Revolutionäre Volksarmee) verbunden sind.

Gewalt und Terror in El Salvador sind die unmittelbare Konsequenz eines Klassenkampfes, der auf dem Boden der Verteidigung der Arbeits- und Lebensbedingungen der proletarischen Massen entsteht, die die arme Bauernschaft mit sich reißen. In einem Drittel der Unternehmen ist es um 1980 zu Arbeitskonflikten mit Streiks und Fabrikbesetzungen gekommen, die im allgemeinen mit politischen Ereignissen in Zusammenhang standen.

Dies geht soweit, daß der soziale Kampf seinerseits zu einem Faktor der ökonomischen Krise geworden ist. So sind die privaten Investitionen zwischen 1978 und 1980 um die Hälfte zurückgegangen, und die Industrieproduktion sank gleichzeitig um 10%. Der Bausektor ist seit 1978 zur Hälfte lahmgelegt. Dasselbe gilt für die Landwirtschaft. Der Export ist 1980 um 8,1% gesunken. Da weniger Boden bebaut wurde, erwartete man für 1981 einen Rückgang von 30% bei den landwirtschaftlichen Exportgütern. Die Arbeitslosigkeit erreichte Anfang 1981 50% der Erwerbstätigen, während sich die Grundnahrungsmittelpreise zwischen Juli 1980 und Anfang 1981 verdoppelt hatten.

Dieser Überblick zeigt deutlich, daß der Kampf der arbeitenden Massen in El Salvador Bestandteil des Kampfes und der

den proletarischen Massen zu bieten? Genau das, was die gesamte Weltbourgeoisie der Arbeiterklasse anbietet: eine vage und trügerische "Lohnanpassung unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten", wie sie in der *Programmatrischen Plattform der demokratisch-revolutionären Regierung* auftaucht und die in Wirklichkeit keinerlei Bedeutung hat; die Wiederherstellung einer Sozialversicherung, die in den heutigen Krisenzeiten in allen (demokratischen oder nicht-demokratischen) kapitalistischen Ländern abgebaut wird! Was hat die Demokratie den reservelosen Massen der Slums anderes zu bieten, als "einen unterschiedenen Plan zum Bau von Sozialwohnungen zu verwirklichen", die diese Massen wegen Geldmangels niemals werden beziehen können?

Was hat die bürgerliche Demokratie den proletarisierten bäuerlichen Massen anderes anzubieten als den Bluff einer "tiefgreifenden Agrarreform, die den Boden, der sich heute in den Händen der Grundbesitzer befindet, den großen arbeitenden Massen zur Verfügung stellt"? Dabei hütet sich die bürgerliche Demokratie sehr wohl davor, die Nationalisierung des Bodens oder auch nur die entschädigungslose Enteignung der Agrarbourgeoisie und der Grundbesitzer zu fordern und für die Verwaltung des Bodens durch die Organisationen des Landproletariats und der armen Bauernschaft einzutreten.

Zugeständnisse in diesen Bereichen kann man nur durch einen starken Klassendruck auf die Bourgeoisie und ihren Staat erreichen, denn sie müssen nicht nur den Grundbesitzern und dem Imperialismus, sondern auch der nationalen Bourgeoisie selbst abgetrotzt werden.

Entscheidend für das Proletariat und die armen Bauern ist es deshalb, der Bourgeoisie durch den Druck der Waffen möglichst viele Konzessionen abzutrotzen: vor allem das Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Vereinigung und Betätigung in völliger Unabhängigkeit gegenüber der Demokratie.

Andernfalls könnte die Bildung einer Regierung des demokratischen Blocks die bürgerliche Diktatur nur noch mehr festigen, indem sie die Arbeiterorganisationen in den bürgerlichen Staat integrieren würde. Dies wird übrigens in der demokratischen Plattform angestrebt, wo es heißt, daß es darum geht, "die Volksorganisation auf allen Ebenen, in allen Bereichen und Formen voranzutreiben, um (...) eine möglichst enge Identifizierung zwischen dem Volk und seiner Regierung zu schaffen".

Unsere salvadorianischen Klassenbrüder, die der imperialistischen Barbarei ausgeliefert sind, brauchen - wie die unterdrückten Massen Mittelamerikas insgesamt - internationale Unterstützung und Klassenunabhängigkeit, um den Kampf gegen die imperialistische Weltordnung, den Kampf für die eigene soziale Befreiung fortführen zu können, und zwar gegen alle bürgerlichen Regierungen.

Die Bedeutung der heutigen Kämpfe liegt auch darin, daß sie den Boden liefern, auf dem diese Klassenunabhängigkeit erobert werden kann, und daß sie international einen Anstoß für eine von allen Machtblöcken und bürgerlichen Kräften unabhängige Verbindung der revolutionäre liefern.

Denn wir können unseren mittelamerikanischen Klassenbrüder nicht helfen, wenn wir uns nicht auf den Boden eines Klassenkampfes gegen den kapitalistischen Staat in den imperialistischen Metropolen (und vor allem in den USA) stellen, um durch diesen Kampf die Bleikappe zu zerstören, unter der der Kampf in El Salvador erstickt wird. Und deshalb müssen wir die wirkliche Natur und den wahren Sinn des Kampfes in El Salvador zeigen, um diesen Kampf als unseren Kampf zu beanspruchen, und zwar auch trotz der demokratischen Führung, die er noch nicht überwinden konnte, und gegen sie.

Das spontane Bedürfnis nach internationaler Verbindung und Vereinigung des Widerstands gegen die herrschende Ordnung, das die Ereignisse in El Salvador hervorbringt, liefert auch den Schlüssel für diese Überwindung, den Schlüssel dafür, daß es möglich wird, den proletarischen Kampf der Führung durch nationale und bürgerliche Kräfte zu entreißen. Denn dieses Bedürfnis zeigt nichts anderes, als daß die Wirklichkeit selbst die Frage der internationalen Partei der Revolution stellt. Daher: Jeden Kampf gegen die imperialistische Weltordnung mit der Arbeit für die Erfüllung dieses Bedürfnisses verbinden.

- 1) Estudios centroamericanos, Nr. 369-370, Juli 1979, S. 566
- 2) Ebenda, S. 586
- 3) Estudios sociales centroamericanos, Nr. 25, Januar-April 1980

"Arabische Bourgeoisien - Gegen Israels Piratenakt: Kuschen; Gegen das Proletariat: Gewalt" (Proletarier Nr. 17)

"Die Entspannung im Libanon ist eine Kriegserklärung an die palästinensischen und libanesischen Massen" (Proletarier Nr. 15)

"Das Proletariat und der Siedlerstaat Israel" (Proletarier Nr. 10)

"Sturmzone Maher Osten
- Der Golgothaweg der Verwandlung der palästinensischen Bauern in Proletarier
- Der israelisch-ägyptische Frieden und die neue imperialistische Ordnung im Mahen Osten
(Kommunistisches Programm Nr. 23)

"Das libanesisches Pulverfaß"
(Kommunistisches Programm Nr. 1)

Hände weg von den palästinensischen Massen!

"Libanon: Die palästinensische Niederlage im Lichte der internationalistischen Perspektive des Marxismus" (Kommunistisches Programm Nr. 13, Februar 1977)

Laut der Zeitschrift "Estudios centroamericanos" (Nr. 369-370, S. 591) "drehen sich die meisten Forderungen der Gewerkschaften um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Fabriken: Entlassung von Vorarbeitern, volle Auszahlung der Löhne, Einhaltung der legalen Arbeitszeiten, Bezahlen von Überstunden" usw. Die Bewegung nimmt 1979 zu: "Wenigstens 20 Betriebsgewerkschaften, die unterschiedlichen Industriezweigen angehören, haben in den ersten 3 Monaten des Jahres Streiks ausgerufen. Ebensoviele Gewerkschaften haben im gleichen Zeitraum symbolische Arbeitsniederlegungen durchgeführt aus Solidarität und zur Unterstützung der Streiks. In zahlreichen Fällen haben die Arbeitskonflikte gewaltsame Formen angenommen." Und dies alles, während sich die Gewerkschaftsorganisationen im Innern des Landes ausbreiteten.

Das Proletariat ist praktisch gezwungen, unter Bedingungen der Illegalität zu kämpfen. "Während der letzten 45 Jahre wurden nur 3 Streiks von den zuständigen Behörden für legal erklärt (...). Ein Beispiel: der Streik der Gewerkschaft INCA in Santa Ana, deren Führer systematisch ausgelöscht wurden, bis hin zur Ermordung des Generalsekretärs José Guillermo Ricas"

Revoluten des internationalen Proletariats ist, die sich aus der Krise des Weltkapitalismus von Tunesien nach Ägypten, von der Türkei nach Polen, von Südkorea bis nach Peru und Brasilien entwickelt haben. Indem sie den Kampf auf dem Boden der Gewalt und des Terrors führt, zeigt die vom US-Imperialismus und von den lateinamerikanischen Bourgeoisien unterstützte salvadorianische Bourgeoisie ganz deutlich, daß die Klassengegensätze unvermeidlich zum bewaffneten Zusammenstoß führen. Die arbeitenden Massen haben diese Lektion nur allzu gut verstanden und sich ihrerseits auch auf den Boden des Bürgerkrieges begeben. Aber die Tatsache, daß es keine wirkliche kommunistische Bewegung auf internationaler Ebene gibt, führte dazu, daß die mächtige Kampfkraft der arbeitenden Massen nicht nur vom Stalinismus, dem Maoismus und den Erben des Castrismus, sondern auch von der katholischen Kirche kanalisiert wurde. Sie stützen sich auf sie, um eine einfache Reform der bürgerlichen Ordnung zu erreichen, wie sie von der FDR (Revolutionäre Demokratische Front) vertreten wird (siehe hierzu "Proletarier" Nr. 13, April/Mai 1981).

Was hat die reformistische Demokratie

Namibia

Der Versuch des Imperialismus, eine revolutionäre Lösung zu verhindern

Namibia, das ehemalige Deutsch-Südwest-Afrika, wo der deutsche Imperialismus bis zum ersten Weltkrieg mit beispiellos Brutalität hausierte, ist seit 1920 *de facto* ein in die rassistische Bourgeoisrepublik Südafrika einverleibtes Gebiet. Jahrzehntlang akzeptierte und unterstützte (offen oder verdeckt) der Imperialismus diese Tatsache. Seit den siebziger Jahren ist das vorbei. Um eine revolutionäre Explosion in Südafrika (die

unübersehbar näherrückt) zu vermeiden, versucht der westliche Imperialismus, um dessen Interessensphäre es ja im wesentlichen geht, Druck auf Südafrika auszuüben. Es soll ein *reformistischer Wandel* in Südafrika erreicht werden. Dabei will man einen "friedlichen" Übergang Namibias zur nationalen Unabhängigkeit als Hebel für einen gleichermaßen graduellen Übergang der Apartheid zu einer gewöhnlichen bürgerlichen Republik benutzen.

siv operierende UNITA fallenzulassen. Aber auch Sambia und Tansania haben, als sich infolge des angolischen Bürgerkrieges 1976 ein radikaler Flügel in der SWAPO durchzusetzen versuchte, den gemäßigten Präsidenten Nujoma gestützt, indem sie für die Internierung der Gegengruppe

sorgten. M.a.W. kann nicht davon ausgegangen werden, daß die SWAPO die radikalen sozialen und politischen Interessen der namibischen Massen vertritt. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, daß sie diese Interessen zugunsten eines Kompromisses mit dem Imperialismus zu opfern bereit ist und schon opfert.

Das Manöver des Imperialismus und Südafrika

Anders als der östliche imperialistische Block konnte der westliche Imperialismus nicht offen und eindeutig für einen Übergang zur Unabhängigkeit Namibias eintreten, hatte er sich doch zu sehr verschwägert mit dem hundertprozentig westlichen Rassenregime in Südafrika. Bis 1977 verhinderten dann auch die tragenden westlichen imperialistischen Mächte der UNO, daß diese sich gegen die südafrikanische Machtpolitik in Namibia einsetzte. In dieser Frage liefen die Interessen des deutschen Imperialismus durchaus parallel zu denen des amerikanischen. Ja, es war merklich, daß sowohl die wirtschaftlichen Verknüpfungen deutschen Kapitals mit südafrikanischem als auch die Interessen an der wirtschaftlich gewichtigen deutschsprachigen Minderheit in Namibia den deutschen Imperialismus davon abhielten, seine Rolle als reformistische Kraft auch in diesem Konflikt zu spielen. So war die BRD der letzte Staat, der noch diplomatische Beziehungen in Namibia unterhielt. Er hielt trotz anderslautender UNO-Beschlüsse das deutsche Konsulat in Windhoek geöffnet und begünstigte gar die Apartheid durch ein Kulturabkommen mit Südafrika. Allerdings hielt sich der deutsche Imperialismus die Kanäle offen, um sich auch in Namibia nicht seiner reformistischen Einflußmöglichkeit völlig zu begeben. Unterhalb der Regierungsebene wurde auf der einen Seite durch die *Hanns-Seidel-Stiftung* die pro-südafrikanische Klientel in Namibia, die Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA), massiv unterstützt. Durch Vermittlung dieser Stiftung wurden sogar zwei der drei Tageszeitungen Namibias durch einen deutschen Verleger aufgekauft und als Propagandamittel für die DTA benutzt. Auf der anderen Seite hatte die *Friedrich-Ebert-Stiftung* ihre Finger in der SWAPO, insofern sie direkt einen Flügel derselben um den Führer Andreas Shipanga protegierte. Dieser Shipanga bildete 1978 die einer "internen Lösung" (d.h. unter Ausschluß der SWAPO) zugeneigte SWAPO-Democrats (D).

Auf der Ebene der Regierungspolitik folgte die BRD der Taktik des westlichen Imperialismus, die Gefahrenherde im südlichen Afrika zu isolieren und einzeln zu befrieden. Nachdem man - was die westlichen Interessen betrifft - weitgehend unbeschadet die portugiesische Entkolonisierung hinter sich gebracht hatte, konzentrierte man sich auf Rhodesien und nahm auch den Konfliktherd Namibia in Angriff. Im Frühjahr 1977 entwickelten die fünf westlichen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und die BRD) ihre Initiative, Namibia sanft, ohne revolutionäre Erschütterungen in die Unabhängigkeit zu führen. Durch Einbeziehung der SWAPO, die Entwicklung einer Verfassung, Durchsetzung eines Waffenstillstands und die Durchführung von Wahlen unter UN-Kontrolle sollte dieses Ziel verwirklicht werden. Trotz der *Bereitwilligkeit der SWAPO sich auf dieses Konzept festzulegen*, scheiterte es an dem Widerstand Südafrikas, das, nachdem es verbal den Vorschlag des westlichen Imperialismus angenommen hatte, im Mai 1978 in eine militärische Offensive gegen die SWAPO ging. Überdies ließ Südafrika nichts unversucht, um auch auf der Ebene, die der imperialistische Reformismus empfohlen hatte, der der Wahlen, die SWAPO auszuschalten. Südafrika bildete zu diesem Zweck eine Parteienkoalition aus der weißen Republikanischen Partei und einer Sammelorganisation von stark gemäßigten afrikanischen ethnischen Gruppierungen: die "Demokratische Turnhallen-Allianz" (DTA). Mit immensen finanziellen Mitteln, mithilfe von Verhaftungen von SWAPO-Anhängern und nicht zuletzt mithilfe des Kriegsrechts im Ovamboland (Der Stamm der Ovambo bildet die Machtbasis der SWAPO.) gewann die DTA jene Karikatur einer Wahl von Dezember 1978, ohne jedoch die wesent-

liche Kraft, die für eine reformistische Lösung der Frage der Unabhängigkeit Bedingung wäre, miteinbezogen zu haben. Auf diese Einbeziehung zielt aber die Initiative des westlichen Imperialismus. Da Südafrika in Befürchtung einer Erosion seiner Macht nicht im geringsten nachzugeben bereit ist und da der westliche Imperialismus auch nicht ernsthaft daran denkt, Südafrika unter mehr als diplomatischen Druck zu setzen, hat die reformistische Initiative eine einzige Funktion: die SWAPO *noch mehr* zu mäßigen, um sie schließlich zu einer Art "interner Lösung" (wie in Zimbabwe) zu bringen. Es ist überhaupt eine Illusion zu glauben, daß der Imperialismus, auch wenn er eine reformistische Initiative ergreift, damit günstige Bedingungen für die kämpfenden Massen erzeugen würde. Das Gegenteil ist wahr. Hinter dem Schirm des Verhandlungskonzepts setzte Südafrika seine Repressionspolitik fort wie auch den Versuch, eine ihm genehme Klientelregierung aufzubauen. So wird der Befreiungskampf *materiell geschwächt* durch die von der westlichen Initiative unbehelligt fortgesetzte Machtpolitik Südafrikas und gleichzeitig wird der Kampf *politisch gelähmt* durch die prinzipiellen Zugeständnisse der SWAPO für eine Verhandlungslösung.

Da mit Namibia die Frage Südafrika eng verknüpft ist und Südafrika nicht bereit ist, größere Zugeständnisse an die schwarze Mehrheit zu machen (weil damit schließlich die Existenzgrundlage der Rassenrepublik, die Privilegien der Weißen verlustig gingen), bewegt sich die westliche

LEST! ABONNIERT!
*
Kommunistisches Programm
programme
communiste
Le Proletaire
Communist program
el proletario * el comunista
il programma comunista
el-oumami
Kommunistikó Prógramma

Initiative ständig am Rande des Scheiterns, obwohl vonseiten der SWAPO ständig *lebige* signalisiert wird. Das hatte zur Folge, daß in den neuen Vorschlägen der Westmächte vom Januar 1982 nicht Zugeständnisse an die SWAPO, sondern an Südafrika gemacht wurden. Vor allem wurde die Initiative dahingehend modifiziert, daß im Wahlmodus vom Prinzip "one man, one vote" abgegangen wurde und verfassungsmäßig der weißen Minderheit eine Sperrminorität zugesichert wurde. Man sieht, Zugeständnisse an den Imperialismus zahlen sich nie aus. Der Imperialismus und sein Sorgenkind Südafrika können nur durch den unnachgiebigen Kampf, durch das kompromißlose Streben nach der nationalen Unabhängigkeit und der Vernichtung des weißen Siedlerstaates zu Zugeständnissen bewegt werden, die dann als Sprungbrett für den weiterführenden Kampf benutzt werden können.

Daß der Imperialismus heute solche Manöver wie in Namibia durchführen kann, ist vor allem der Tatsache geschuldet, daß an den Geburtsstätten jener Manöver noch keine soziale Bewegung entstanden ist, die den Imperialismus in Schach hält. Die Solidarität in den Metropolen, die einen wesentlichen Beitrag für die Wiederentstehung dieser sozialen Bewegung liefern wird, wird heute noch weitgehend erstickt durch das Gewicht sozial-reformistischer Kräfte, deren Politik gerade darin besteht, an den Imperialismus zu appellieren, er möge seine reformistischen Manöver konsequenter durchführen. Es ist daher notwendig, daß sich die Solidaritätsbestrebungen von der Vormundschaft dieser Kräfte befreien, um auch für die Revolution im südlichen Afrika, die Interessen der kämpfenden Massen, die Befreiung Namibias und die Zerstörung des weißen südafrikanischen Siedlerstaates, dieses Bollwerks der imperialistischen Weltordnung in Schwarzafrika, wirksam eintreten zu können.

Die internationale Bedeutung Namibias

Die Auflösung des portugiesischen Kolonialreichs im südlichen Afrika, in dessen Folge gemäßigste schwarze Nationalstaaten entstanden, sowie vor allem die Bildung eines schwarz-weißen bürgerlichen Staates in Zimbabwe hatte eine doppelte Wirkung.

1. Die Tatsache, daß die neu entstandenen Nationalstaaten sehr schnell die kämpfende Guerilla entwaffneten und einen Konsens mit dem Weltimperialismus anstrebten, ermutigte den westlichen Imperialismus, verstärkt auch für Südafrika eine solche Entwicklung anzubahnen. Hatte man doch gesehen, daß ein nicht-revolutionärer Wandel im südlichen Afrika möglich ist, ohne eine unkontrollierbare revolutionäre Explosion oder den Verlust der eigenen Einflußsphäre an das östliche imperialistische Lager befürchten zu müssen.

2. Die südafrikanische Regierung ist jetzt nicht allein dem Druck der revoltierenden schwarzen Massen ausgesetzt, sondern auch dem Drang des westlichen Imperialismus nach Reformen. Darauf reagiert die Burenrepublik, die den status quo bewahren will, mit einem entsprechenden Doppelspiel. Sie geht scheinbar auf den Druck des westlichen Imperialismus ein, macht Versprechungen usw., und tut dann alles Erdenkliche, um die eigenen Interessen unangetastet durchzusetzen. Im Falle Namibias ist dies beispielhaft nachzuvollziehen.

Für Südafrika ist Namibia ein Frontstaat, das letzte Bollwerk gegen den schwarzen Nationalismus. Für die hochindustrialisierte südafrikanische Wirtschaft ist der Rohstoffreichtum (Diamanten, Chrom, Kup-

fer, Vanadium, Uran, Mangan, Zink, Nickel werden in großen Mengen in Namibia abgebaut.) dort eine wichtige Bedingung, um konkurrenzfähig zu sein und hohe Profitraten zu erzielen. Allerdings haben auch die entwickelten imperialistischen Staaten ein Auge auf dieses "Sibirien" des südlichen Afrikas geworfen.

Obwohl hauptsächlich der südafrikanische Konzern Consolidated Diamond Mines zusammen mit einer größtenteils amerikanischen Gesellschaft die Ausbeutung der mineralischen Rohstoffe in der Hand hat, versucht die südafrikanische Regierung seit einigen Jahren auch andere westliche Kapitalgesellschaften anzulocken. Beispielsweise wurde die Grenze des Fremdkapitals im Bergbau 1973 von 50% auf 75% angehoben. Auch auf anderen Gebieten ist Namibia ein interessantes Objekt im Gerangel um Einfluß zwischen Südafrika und dem westlichen Imperialismus. Das zweite Bein, auf dem die namibische Wirtschaft steht, ist die Landwirtschaft und die Fischerei. Der Lammfellexport, der hier einen großen Brocken ausmacht, findet seine wichtigsten Märkte in der Bundesrepublik und Dänemark.

Unzweifelhaft also, daß es sich hier um ein Juwel handelt, dessen Besitz für das rohstoffhungrige internationale Kapital von großer Bedeutung ist. Hinter dem Interesse des Imperialismus, die soziale Lage in Namibia zu entschärfen, stecken also auch handfeste wirtschaftliche Interessen, abgesehen davon, daß der Tiefseehafen in der Walvis-Bay sicher auch eine gewichtige militärstrategische Bedeutung hat.

Die Unabhängigkeitsbewegung

Auch in Namibia herrscht das System der Apartheid. Neben der politischen und kulturellen Diskriminierung der Schwarzen wird dieses System besonders in der Wirtschaft schmerzhaft fühlbar. Während von den rund 850.000 Einwohnern nur 10.000 Weiße sind, haben sich letztere jedoch den Löwenanteil des Landes unter den Nagel gerissen. So sind 56% der schwarzen Bevölkerung in etwa 28% des Landes zusammengepfercht. Das System der Apartheid erlaubt es den Unternehmern, den schwarzen Arbeitern besonders erdrückende Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Die Tatsache allerdings, daß die *Lohnarbeit der Schwarzen* (meist Wanderarbeiter vom Stamm der Ovambo) ein bedeutendes Gewicht für die nicht-landwirtschaftliche Produktion hat (von den 110.000 Personen, die in diesem Bereich tätig sind, sind 43.000 schwarze Wanderarbeiter), gibt dem Widerstandskampf und der Unabhängigkeitsbewegung ein besonderes Gepräge.

Die Geschichte Namibias kennt seit den 20iger Jahren eine ganze Reihe wichtiger Streiks der Wanderarbeiter gegen das diskriminierende Vertragssystem. Streiks, die spontan die politische Frage, Abschaffung des Apartheidsystems, mitein-schlossen. Der Kampf der schwarzen Arbeiter äußerte sich ebenfalls in den kraftvollen Widerstandsbewegungen gegen die zwangsweisen Umsiedlungsaktionen der weißen Administration (von Slums mit kleinen Grundstücken in Schlafstädte). Die Bewegung der schwarzen Arbeiter erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem bislang größten Streik in der südwestafrikanischen Geschichte im Dezember 1971 bis Februar 1972. Viele Industriebetriebe, acht Bergwerke, die öffentlichen Dienste und selbst die Fischindustrie in Walvis Bay kamen zum Erliegen. Selbst die sofort einsetzende Deportation von Streikenden in ihre Stammesheimat führte nur dazu, daß die dortige Häuptlings-Führungsschicht, die von der Regierung bezahlt wurde, massiv angegriffen wurde. Die Unruhen richteten sich also - ausgehend von Arbeitsbedingungen und Löhnen - gegen die Regierung und deren Handlanger. Ein solch *breiter sozialer Kampf* kam natürlich den *Befreiungsorganisationen*, die

sich in den 50iger Jahren gebildet hatten, zugute und verschaffte ihnen Zulauf, insbesondere der South West Africa Peoples Organisation (SWAPO).

Diese Organisationen, wenngleich verbunden mit der radikalen sozialen Bewegung, waren jedoch *anderen Ursprungs* als diese und verfolgten auch *ihre eigenen politischen Ziele*. Von Anbeginn an bezogen sich SWAPO und auch SWANU (South West African National Union) auf die imperialistische UNO, vertraten und propagierten deren Präsenz in Namibia. Seit 1967 drängt der Imperialismus darauf, die Lage in Südwestafrika zu entschärfen. Diesem Drängen, hinter dem nichts anderes als *imperialistischer Eigennutz* steht, dieser *Politik der Befriedung Namibias* durch einen reformistischen Übergang zur Unabhängigkeit, unterwerfen sich die Befreiungsorganisationen voll und ganz.

Es darf dann auch nicht wundern, wenn die SWAPO zusammen mit dem UN-Sonderkommissar für Namibia, Sean McBride, ein "Befreiungsprogramm" für Südwestafrika ausgearbeitet hat. Der Guerillakampf, zu dem die SWAPO infolge der erfolglosen Petitionspolitik in der UNO schließlich 1965/66 gezwungen war, ist nur ein Druckmittel, um die reformistische Lösung des Imperialismus zu begünstigen. Statt also der Politik der Stärke, der Einschüchterung und Repression, die die südafrikanische Regierung trotz aller verbalen Zugeständnisse nach wie vor betreibt, eine Politik des kompromißlosen Widerstands, der Unnachgiebigkeit und des Beharrens auf den eigenen Interessen (d.h. Zerstörung des weißen Siedlerstaates mit all seinen - auch farbigen - Bastionen) entgegenzusetzen, ist die SWAPO zum ständigen Einlenken und zur Kompromißberei bereit. Ihre Bindung an die UNO wird noch verstärkt durch die mäßige Paltung der sog. Frontstaaten, in denen die SWAPO ihre Stützpunkte hat. Hier spielt vor allem Angola eine Rolle, das durchaus die Bereitschaft signalisiert hat, einen schmutzigen Handel einzugehen, dergestalt, massiv in "beschichtigendem Sinne" auf die SWAPO einzuwirken, wenn vor allem die USA Südafrika dazu zwingen, die immer noch in angolischen Territorium subver-

KONTAKTADRESSEN - BESTELLUNGEN

| | |
|-------------------|-----------------------|
| WESTBERLIN | BRD-ÖSTERREICH |
| edition programm | edition programm |
| Postfach 301 730 | Postfach 108 |
| 1000 Berlin 301 | 2000 Hamburg 6 |

V.i. S. d. P. Postfach 301 730 Druck: "Linar", 1000 Berlin 301
Gert Eichhorn



Die Offensive des deutschen Staates gegen die Ausländer besteht nicht nur in der Verschärfung der Gesetzgebung. Begleitet werden diese juristischen Maßnahmen von einer entfesselten Hetz- und Lügenkampagne in den bürgerlichen Medien: die "Gastarbeiter" nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg; Asylbewerber aus aller Welt fressen sich auf "unsere" Kosten fett; ausländische Jugendliche sind kriminell usw.

Mit dieser Propaganda soll ein Keil zwischen deutsche und ausländische Arbeiter getrieben werden. Und in der Tat ist die Ausländerfeindlichkeit in der letzten Zeit spürbar gestiegen. Sie hat ihre materiellen Ursachen in der Krise und der steigenden Arbeitslosigkeit, angesichts derer die Ausländer der am ehesten identifizierbare und zugleich schutzloseste und benachteiligteste Teil des Proletariats sind, auf den sich die Wut der deutschen Arbeiter leicht ablenken läßt. Daher sind die ausländischen Proletarier weitgehend isoliert, was außer der materiellen und rechtlichen Benachteiligung ihre Lebensbedingungen weiter erschwert.

Durch diese Isolierung sind sie den Schikanen und der Repression seitens der Aufseher und Polizisten der Bourgeoisie in Betrieben, Behörden, Wohnheimen usw. allein ausgeliefert, und ihre zahlreichen Kämpfe und Verteidigungsversuche bleiben entweder unbekannt oder werden als unverschämtes Verhalten von "Gästen" diffamiert. Z.B. wurden die Revolten in Sammelagern für Asylbewerber während des letzten Jahres in der Presse totgeschwiegen; die jüngste Weigerung von Asylanträgen in Berlin, für einen Hungerlohn Zwangsarbeit zu verrichten, wurde ausgeschlachtet als Beweis, daß die politischen Flüchtlinge in Wahrheit gar keine sind, sondern sich hier nur auf Kosten des "Steuerzahlers" auf die faule Haut legen wollen.

Aus dieser Isolierung erwächst gerade den deutschen Proletariern, die zu einer Verteidigung ihrer ausländischen Klassenbrüder bereit sind, eine besondere Aufgabe der Solidarität. Es geht nicht allein um eine allgemeine Entlarvung der bürgerlichen Ausländerpolitik. Sehr leicht dienen solche allgemeinen Kampagnen als Alibi, bei denen man schon mit einer Unterschrift seine Solidaritätspflicht erfüllt hat und mit denen sich reformistische und "fortschrittliche" bürgerliche Kräfte - sozusagen als schlechtes Gewissen derselben repressiven Bourgeoisie - profilieren. Es darf deshalb nicht dabei bleiben. Eine aktive praktische Solidarität ist darüber hinaus notwendig, nicht allein für die materielle Unterstützung (Geldsammlungen, rechtliche Beratung, Hilfe bei Behörden-gängen usw.), sondern auch mit dem Ziel, diese Mauer des Schweigens um die Ausländer zu durchbrechen; m.a.W. eine Gegeninformation, indem man auch einzelne Ereignisse, Schikanen, Kämpfe usw. aufgreift

und öffentlich macht und auch Aktionen dazu durchführt.

Die praktische Hilfe darf nicht den karitativen und humanitären Vereinen und Pfaffen überlassen bleiben, welche ihre Arbeit mit keinerlei Gegenöffentlichkeit verbinden, sondern im Gegenteil mit ihren Almosen nur Unruhe, Wutausbrüche und Kampfereitschaft verhindern wollen.

Es geht nicht darum, bloß die "Nöte" der Ausländer zu lindern oder besonders krasse Fälle aus der Welt zu schaffen; es geht vielmehr darum, im kleinen einen Gegendruck zu schaffen. Der deutsche Staat gibt mit seiner repressiven Ausländerpolitik die Ausländer praktisch "zum Abschub" frei, er sanktioniert und ermuntert zu Schikanen von Beamten, Bullen, rassistischen Vermietern, Hausmeistern oder auch "braven Bürgern", Nachbarn usw. Auch wenn erst eine breite proletarische Bewegung einen wirklichen Schutz der ausländischen Proletarier darstellt, so ist

die Voraussetzung dafür, schon jetzt im kleinen für diesen Schutz zu sorgen.

Dabei soll man aber nicht der Illusion verfallen, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus wären durch Wahlen oder Appelle zu bekämpfen. Neben der Verbreitung von Infos über die Lage der Ausländer kann eine konkrete Solidarität z.B. darin bestehen, in Stadtvierteln mit hohem Ausländeranteil gezielt Flugblätter gegen die faschistischen Aktivitäten gegen Ausländer zu verteilen, Stände der Initiativen für Ausländerstopp (z.B. Hamburger Liste für Ausländerstopp) auseinanderzunehmen, oder Asylunterkünfte zu besuchen und besonders schweinischen Vermietern zu zeigen, daß "seine" Mieter so ganz schutzlos und allein doch nicht sind usw. Der Fantasie sind da keine Grenzen gesetzt!

Derartige Initiativen, die sich auf einzelne Fälle beziehen, können sicher nicht von heute auf morgen das Kräfteverhältnis umkippen und die Ausländerfeindlichkeit beenden; sie können auch nicht alle Fälle von Schikanen und Repression aufgreifen - dazu sind sie viel zu häufig. Es kann im übrigen auch nicht das Ziel sein, den Kampf in Einzelfälle zu zersplittern, sondern diese im Zusammenhang mit einem allgemeinen Kampf und einer breiten Propaganda gegen die Ausländergesetze zu sehen und zu verbinden.

Eine Gegenöffentlichkeit - auch wenn sie nur eine kleine Ausstrahlung hat - ist aber ein erster wichtiger Schritt, erstens um die deutschen Arbeiter für die Lage und die Probleme ihrer ausländischen Kollegen zu sensibilisieren und ihre Solidarität zu mobilisieren; zweitens um den Ausländern den Rücken zu stärken und zum weiteren gemeinsamen Kampf gegen die Ausländergesetze zu ermutigen; und drittens um der herrschenden Klasse und ihren Schergen zu zeigen, daß die Ausländer kein Freiwild sind, sondern daß Deutsche bereit sind, aktiv für sie einzutreten!

Wider das Sektierertum in Basiskomitees

Angesichts der Offensive des deutschen Staates gegen die Ausländer stellt sich die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Ausländergesetze und ihre Folgen. Abgesehen von den "großen" öffentlichen Bekundungen des Mitleids und der "Betroffenheit" aller möglichen humanitären Vereine, intellektueller "Persönlichkeiten" usw., bei denen es meist bei dieser Erklärung bleibt, haben sich deshalb in letzter Zeit eine Reihe von kleineren Komitees und Initiativen gebildet mit dem Ziel einer kontinuierlichen Arbeit gegen Ausländergesetze und -hetze allgemein bzw. ihre spezifischen Auswirkungen (Solidarität mit Asylsuchenden; gegen Graue Wölfe; Rechtliche Hilfe usw.).

Alle in diesen Komitees vertretenen Gruppen und Organisationen tragen ihre Auffassungen und Methoden der Basisarbeit hinein - Auffassungen, die oft eine gemeinsame Arbeit verhindern. Letzteres gilt besonders für ausländische und deutsche Gruppen stalinistisch-maoistischer Prägung.

Ihre Auffassung besteht darin, die Komitees als Kartell von Organisationen zu sehen, in dem jede einzelne bestrebt ist, ihre politische Position zur Grundlage des Komitees zu machen und nicht die unmittelbar für die Sache notwendige Arbeit. Mit einer solchen Prämisse wird in der Tat jede gemeinsame Praxis unmöglich gemacht. Denn man kann nicht erwarten, daß unterschiedliche Parteien dieselbe allgemeine politische Analyse, dieselben programmatischen Ziele und dieselbe taktische Orientierung haben. So kommt man entweder zu rein verbalen Übereinstimmungen, die jede Gruppe in ihrem Sinne interpretiert und die daher keine gemeinsame Basis darstellen; oder aber - und das ist sehr häufig der Fall - das Komitee wird zum Forum politischer Auseinandersetzungen, die sich nicht mehr an den konkreten Notwendigkeiten orientieren und bisweilen in reines Gezänk ausarten, wobei es dann nur noch darum geht, daß die eigene Organisation als "die stärkere" aus dem Streit hervorgeht. Um überhaupt zu einem "gemeinsamen" Ergebnis zu kommen, greift man zum Mittel des demokratischen Formalismus; man löst die Diskussion durch Abstimmungen, an die sich hinterher doch nur diejenigen gebunden fühlen, deren Meinung "gesiegt" hat. Es ist klar, daß bei einer solchen Herangehensweise die praktische Arbeit gelähmt wird. Dies gilt umso mehr, als es den stalinistisch-maoistischen Gruppen fast immer darum geht, einen Ableger der eigenen Organisation zu bilden. Kein Wunder also, wenn im Endergebnis jede Organisation dann ihren Ableger bildet.

Diese sektiererische Borniertheit führt mittel- und langfristig keineswegs zu einer Stärkung der "eigenen Organisation" (man denke allein an das Schicksal der deutschen "K-Gruppen"). Sie führt im Ge-

genteil zum allgemeinen Mißtrauen der kämpferischen Leute gegenüber jeder Organisation, die irgendwie nach "Partei" riecht, weil die Erfahrung der Leute eben darin besteht, daß die politischen Organisationen den Kampf nicht stärken, sondern lähmen, daß die eigene politische Entwicklung gegen diese Organisationen erkämpft werden muß. Soweit was die fortgeschrittenen, politisierten Leute angeht.

Es ist auch klar, daß solche Komitees kein Anziehungspunkt für Proletarier sein können, die keiner politischen Organisation angehören und sich zu keiner besonderen politischen Strömung zugehörig fühlen, sondern die aus einem Bedürfnis des Kampfes gegen ihre Lebensbedingungen heraus kommen und hier eine Möglichkeit suchen, gemeinsam mit anderen "was zu tun". Diese Arbeiter werden im Gegenteil von politischen Streitigkeiten abgeschreckt und ihr gesunder Instinkt und ihre Bereitschaft, sich wehren zu wollen, wird erstickt.

Ein Beispiel dafür, wohin solche sektiererische Auffassung von Komitee-Arbeit führt, konnte man in Hamburg auf der Ausländer-Demo gegen die neuen Erlasse Ende Januar erleben. Auf dieser Demo sollte auch ein Block von Asylbewerbern mit einem Transparent und Losungen, die ihre speziellen Forderungen ausdrücken (Verteidigung des Asylrechts, keine Sammellager, kein Arbeitsverbot usw.), gebildet werden. Alle im inzwischen aufgelösten Hamburger "Asylkomitee" vertretenen Organisationen wollten dazu in ihren eigenen Reihen und ihrem Sympathisanten-Umfeld mobilisieren. Tatsächlich aber erwies sich das als rein verbales Versprechen: die Mitglieder - auch diejenigen, die im Asylkomitee arbeiten! - liefen im Block ihrer jeweiligen Organisation. Hinter dem Asyltransparent liefen außer den Trägern desselben ganze vier Mitglieder des Komitees und... eine kleine Gruppe von Afrikanern, die sich von allein als Gruppe organisiert hatten, um ihre dringendsten Forderungen auch mit den wenigen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (sie hatten die Forderungen auf Englisch auf Holzschilder gemalt) zum Ausdruck zu bringen. Diese Leute, die sicher nicht politisiert sind, handeln offensichtlich aus einem materiell empfundenen Kampfpuls heraus. Sie waren vorher nie im Asylkomitee gewesen und konnten sich auch nach dieser Demo nicht davon angezogen fühlen, denn das Komitee trat ja als solches gar nicht in Erscheinung! Wie aber kann man ihre Bereitschaft aufgreifen und sie in eine praktische Arbeit integrieren, wie kann man überhaupt Kontakt mit ihnen aufnehmen, wenn man keinen sichtbaren Anziehungspol in diesem Fall ein massiver Asyl-Block zu bilden versucht.

Der richtige Weg, diese Proletarier zu gewinnen, besteht darin, von den konkreten Bedürfnissen des Kampfes auszugehen,

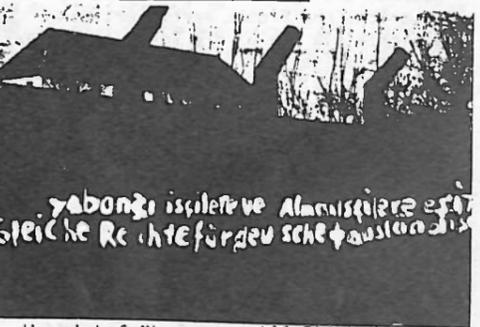
wie sie von den Proletariern selbst empfunden werden, bzw. für die sie sensibilisiert werden können, weil sie sich auf ihre unmittelbare Situation beziehen. Forderungen wie "Weg mit den Ausländergesetzen"; "keine Familiennachzugssperre"; "Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für alle" sind im Interesse aller ausländischen Arbeiter, und sie können sich mit ihnen identifizieren, unabhängig von ihrer politischen Auffassung. Das Kriterium für eine gemeinsame Komitee-Arbeit kann also nicht die Zustimmung zu einer bestimmten politischen Position oder Organisation sein, sondern die Wirksamkeit einer praktischen Aktivität für den Kampf um die gemeinsamen Forderungen.

Erst im Laufe eines solchen Kampfes auf der Grundlage gemeinsamer Erfahrungen kann es auch zu politischen Klärungen kommen, können auch unpolitische oder "reaktionäre" Arbeiter bestimmte politische Einsichten erlangen. Wählen wir ein extremes Beispiel: Viele türkische Arbeiter halten heute die Militärregierung in der Türkei für "gut", weil sie "Ordnung" geschafft hat. Trotz dieser - meist nur oberflächlich vorhandenen - Meinung sind auch diese Arbeiter von den Ausländergesetzen betroffen und können in einen Kampf dagegen einbezogen werden, wenn man an ihrer konkreten Situation anknüpft. Durch die Erfahrungen im Verlauf des Kampfes kann ihnen die Natur des türkischen Staates, seine Verbindung mit dem deutschen Staat, die Zusammenhänge zwischen Militärdiktatur dort und Verschärfung der Ausländergesetze hier deutlich werden.

Der umgekehrte Weg - eine bestimmte politische Auffassung oder gar die Anerkennung der "Verdienste" oder der "führenden Rolle" einer bestimmten politischen Gruppe zur Voraussetzung zu machen - führt zum Sektierertum und läßt zwangsläufig den größten Teil der betroffenen Ausländer außen vor.

Gegen diese falsche Methode muß man innerhalb der Komitees - und wenn nicht anders möglich auch außerhalb, in "alternativen" Organisationen - hartnäckig auf den praktischen Notwendigkeiten beharren und sie den politischen Streitigkeiten entgegenstellen. Die Stärke dieser Position liegt darin, daß viele Arbeiter durch ihre objektive Situation dazu getrieben werden, sich die Forderungen, Ziele und Methoden des Kampfes zu eigen zu machen. Das zwingt die verschiedenen Parteien dazu, Stellung zu beziehen und eventuell ihr schädliches Verhalten aufzugeben oder, was wahrscheinlicher ist, in mehr oder weniger scharfen Gegensatz zu den realen Erfordernissen des Kampfes zu geraten und sich damit in den Augen der Proletarier - auch der eigenen Mitglieder - zu diskreditieren.

Die Tatsache, daß z.B. türkische Gruppen,



die sich früher ausschließlich der politischen Arbeit in Richtung auf die Türkei widmeten, sich heute verstärkt einer solchen Basisarbeit zuwenden, ist sicher nicht allein auf die Repression durch die Militärdiktatur und die augenblickliche Unmöglichkeit eines Aufschwungs der sozialen Bewegung zurückzuführen. Sie zeugt auch von einem gewissen Druck von der "Basis", der diese Gruppen Rechnung tragen müssen. Diese Gärung im Ausländermilieu ist auch Anlaß für heruntergekommene deutsche Strömungen, sich hier einzuklinken; ihr Verhalten ist genauso sektiererisch und deshalb noch schlimmer; denn gerade als deutsche Organisationen haben sie eine besondere Verantwortung und Pflicht zur echten Solidarität.

Es gilt also, im gezeigten Sinne an die Kampfbereitschaft praktisch anzuknüpfen, um sie nicht durch politisches Sektierertum ersticken zu lassen.

Fortsetzung von S. 6 Die Krise der BR

teidigung dieser Militanten zu zeigen. Auch wenn sie eine falsche Richtung einschlugen und von Anfang an zum Scheitern verurteilt waren: Sie richteten sich gegen die bürgerliche Ordnung und riefen die Proletarier - wie auch immer - dazu auf, sich nicht passiv alles gefallen zu lassen. Die bewußten Proletarier mußten und müssen sie gegen die bestialische Repression verteidigen, die die Bourgeoisie gegen sie entfesselt hat.

Diese Solidarität gilt den Kämpfern, auch wenn ihre Auffassungen falsch sind. Aber sie muß begleitet werden von einem theoretischen und politischen Kampf gegen unzureichende und falsche Orientierungen, damit die ihnen verschriebenen Militanten und die davon beeinflussten Proletarier sie überwinden können, sobald sie merken, daß sie zu einem Hindernis auf dem Weg des Klassenkampfes werden.

(1) Die Partei ist in dieser Auffassung also nichts anderes als eine Gruppe von ausgewählten Schützern, die ausschließlich in der Illegalität arbeiten, wobei die Illegalität als eine gewählte Strategie betrachtet wird. Hier wird mit anderen Worten eine der Aufgaben der kommunistischen Partei als ihre einzige Aufgabe gesehen. Der militärische Kampf ist zwar sicherlich ein Ziel der Klassenpartei, aber eben nur ein Ziel der revolutionären Vorbereitung unter anderen, und er kann nur in bestimmten Phasen des Klassenkampfes in Angriff genommen werden, und nicht, wenn man es gern möchte.

Welcher Kampf gegen die Billigflaggen-Schiffe?

Im Mai 1981 und im März dieses Jahres liefen im Hamburger Hafen einzelne Boykottaktionen der ÖTV gegen "Billigflaggenschiffe". Im Zuge der Weltwirtschaftskrise und der Verschärfung der internationalen Konkurrenz hat das "Ausflaggen", das schon seit Jahren bestand, ein riesiges Ausmaß angenommen: Heute schätzt man den Anteil der "Billigflaggenschiffe" an der gesamten Welt-handelsflotte auf mindestens 1/3; die Bundesrepublik gehört zu den 5 größten Ausflaggern und 50% der deutschen Schiffe sollen als "Billigflaggenschiffe" fahren. Für die Reeder geht es beim "Ausflaggen" darum, die allgemeinen Kosten, darunter an erster Stelle die Lohnkosten, soweit wie möglich zu reduzieren und die Schiffe bis zum totalen Verfall zu benutzen, um maximalen Profit zu erzielen. So werden die Schiffe - oft mittels einer Tochtergesellschaft

der deutschen Reeder - in Ländern wie Panama, Liberia, Zypern, um nur die bekanntesten zu nennen, registriert, wo dies eine reine Formalität ist und die vom Registerland verlangten Steuern äußerst gering sind. Die Seeleute, die vorwiegend aus Indonesien, Philippinen, Südkorea usw., d.h. aus "Billiglohnländern" kommen, werden an Bord solcher Schiffe einer wahrhaftig bestialischen Ausbeutung ausgesetzt: Die ausgezahlten Löhne liegen weit unter den schon niedrigen internationalen Tarifverträgen (1/6 davon, wenn nicht noch weniger!); die Seeleute befinden sich in einem total rechtlosen Zustand und werden einem wahrhaftigen Terror von seiten der Kapitäne und Reeder ausgeliefert, die jeglichen Widerstand durch Androhung und Durchführung von Repressalien (Entzug des Seefahrtbuchs, Strafverfolgung im Herkunftsland, Verbot der gewerkschaftlichen

Organisierung etc.) zu verhindern suchen. Ganz zu schweigen vom katastrophalen Zustand der Schiffe...

Angehts solcher haarsträubenden Arbeitsbedingungen unterliegt es keinem Zweifel, daß die hiesigen Hafnarbeiter Kampfmaßnahmen treffen müssen, sei es um laufende Kämpfe an Bord zu unterstützen, sei es um den Seeleuten, die sich in einer äußerst schwierigen Ausgangsposition befinden, bessere Bedingungen für die Aufnahme des Kampfes zu schaffen. Es ist dies schließlich die Aufgabe eines klassenbewußten Arbeiters, der der Ausbeutung der ausländischen Seeleute nicht gleichgültig gegenübersteht. Wichtig ist hier, den Charakter der Aktionen der Gewerkschaft zu verstehen. Für sie stellt sich die Frage nämlich ganz anders.

Zunächst einmal ist es eine Lächerlichkeit, einen großen Wirbel um die Zunahme des Ausflaggens zu machen und innerhalb eines Jahres lediglich 3 Billigflaggenschiffe zu boykottieren, wobei - nebenbei bemerkt - diese Boykottaktionen von vornherein rechtlich voll abgesichert waren und zum Teil mit Geleit der Wasserschutzpolizei erfolgten.

Zum zweiten betrachtet die Gewerkschaft in ihrer Eigenschaft als Mitverwalter des deutschen Kapitals den "Kampf gegen die Billigflaggenschiffe" als eine der "Maßnahmen zur dauerhaften Existenzsicherung einer deutschen Handelsflotte", wie solche im schiffahrtspolitischen Programm der ÖTV gefordert werden. "Verbot des Ausflaggens", "Subventionierung" der Reederei und des Schiffbaus auf deutschen Werften, "Verstaatlichung der deutschen Handelsflotte", sind einige der Lösungen der ÖTV. Bei den Boykottaktionen steht unzweifelhaft das nationale Interesse der BRD, das vermeintlich gemeinsame Interesse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiter im Vordergrund. Die Hafnarbeiter und die Seeleute werden damit aufgefordert, eine protektionistische Politik des deutschen Staates zu unterstützen, die die langfristigen Interessen des deutschen Wirtschaftsapparats vor die jeweiligen Interessen der einzelnen Reeder stellt und sich daher als der beste Garant der deutschen Handelsflotte erklärt.

Dies darf uns jedoch nicht die widersprüchliche Lage vergessen lassen, in die sich die Gewerkschaft damit begibt: auf der einen Seite befürwortet sie als Sozialpartner die Sparmaßnahmen der Bundesregierung und spricht sich für "bescheidene Lohnerhöhungen" zugunsten der Arbeitsplatzsicherung aus (in Wirklichkeit werden die Löhne gekürzt und die Arbeitsplätze wegrationalisiert); auf der anderen Seite kann sie nicht umhin, in gewissen Situationen Kampfaktionen anzukündigen und zu starten, die sie jedoch von vornherein in Maßen zu halten versucht und die sie nicht

für eine breite Mobilisierung der Arbeiter ausnutzt. Diese Kampfaktionen sprechen jedoch reale Probleme an, wie in diesem Fall Lohnerhöhungen für die ausländischen Seeleute, bessere Arbeitsbedingungen usw. Die Gewerkschaft versucht beispielsweise nicht, das "Ausflaggen" und die damit einhergehende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Seeleute zu verhindern; sie sieht sich aber heute zu einzelnen - sicherlich völlig unzureichenden - Boykottaktionen gezwungen, um letztlich nicht das Gesicht zu verlieren. An dieser Widersprüchlichkeit müssen die kämpferischen Arbeiter ansetzen. Sie müssen an die gesunde Empörung der deutschen Hafnarbeiter und Seeleute über die schreckliche Situation an Bord der "Billigflaggenschiffe" anknüpfen. Sie müssen einerseits den nationalen Charakter der jetzigen Boykottaktionen - trotz der verbalen Bekundungen internationaler Solidarität - entlarven und andererseits breitere Aktionen vorschlagen, die über das Vorhaben der Bonzen hinaus und gegen ihre Stoßrichtung gehen. Solche Aktionen können die Arbeiter im internationalistischen Sinne erziehen, womit sie auch einen praktischen Beitrag gegen den Chauvinismus leisten. Und dies ist eine Voraussetzung für bessere Ausgangspositionen in zukünftigen größeren Kämpfen.

Die Arbeiterkämpfe in Belgien

Fortsetzung von S. 1

schen Partei haben sie in ihrer Entwicklung "begleitet" und sich ebenfalls, wenn auch in geringerem Maße, "verbrannt". Das hat zu einem politischen Vakuum geführt, das für die heutigen Kämpfe von Bedeutung ist.

Die Bourgeoisie war nun, nach der zögernden Haltung der Sozialisten, überzeugt, eine Reihe von wichtigen Sparmaßnahmen sofort durchsetzen zu müssen. Die gleitende Lohnskala wurde blockiert (was einer Lohnsenkung von 3% gleichkommt), die Preise beträchtlich erhöht, die Sozialversicherungsleistungen abgebaut, während die Beiträge erhöht wurden, die Renten wurden gesenkt und das Arbeitslosengeld für Jugendliche und Frauen verringert usw. Gleichzeitig steigt die Zahl der Entlassungen rapide. Der Staat selbst entläßt 6000 Beschäftigte bei der Bahn und im Unterrichtswesen. Die Rationalisierungspläne in der Textil- und Stahlindustrie werden einige zehntausende Arbeitsplätze kosten.

Die immer geläufigere Praxis der Lohnkürzung in gefährdeten Betrieben wird oft von den Gewerkschaften akzeptiert und sogar vorgeschlagen, angeblich "um Arbeitsplätze zu retten"!

Reaktionen der Arbeiter und Perspektiven

Alle diese früher sanft und dosiert eingeführten Maßnahmen wurden jetzt auf einen Schlag angeündigt. Die sozialistische Partei und die Gewerkschaftszentrale FGFB versuchten sofort, die Wut der Arbeiter auf die "Verteidigung der gleitenden Lohnskala" zu kanalisieren. Aber die Arbeiterklasse hat sich nicht täuschen lassen und sofort sind Streiks ausgebrochen, außerhalb der gewerkschaftlichen Kontrolle und mit den Methoden des direkten Kampfes: keine Vorankündigung, Streikposten, "fliegende" Streikposten, um den Kampf auszuweiten, Straßenblockaden, Zusammenstöße mit der Polizei etc.

Besonders der Kampf der Stahlarbeiter in Lüttich und Charleroi hat die zerstreuten kleinen Streiks gestärkt. In der Tat sehen die Pläne der Regierung hier 4000 Entlassungen vor, und die EG möchte noch weiter gehen. Aber die Entlassungen sind ein allgemeines Problem. So haben Arbeiter aus allen möglichen Betrieben, auch aus Flandern, sowie junge belgische und ausländische Arbeiter aus Brüssel gemeinsam an den großen gewaltsamen Demonstrationen teilgenommen.

Die Gewerkschaft war "überrollt" und hat zunächst durch kleine, zerstreute Demos und Streiks versucht, die Bewegung aufzuhalten und zu zersplittern. Trotz allem war sie aber gezwungen, die zwei Demos der Stahlarbeiter in Brüssel zu organisieren.

Auf der ersten, am 11. Februar, waren 5000 bis 8000 Arbeiter. Einige hundert besonders entschlossene Arbeiter haben sofort die Spitze des Zuges übernommen und die Eingangshalle des EG-Gebäudes gestürmt. Dann haben sie die Bullen angegriffen (25 Schwerverletzte bei den Bullen, 5 bei den Demonstranten). Die Bonzen haben natürlich zur Ruhe gemahnt und versucht, die Demo zu spalten, aber sie haben sich nicht direkt den Arbeitern entgegengestellt.

Bei der zweiten Demo (12.000 Arbeiter) waren sowohl die Bonzen als auch die Bullen besser vorbereitet. Auch hier hat es viele Verletzte gegeben, vor allem bei den Bullen, aber durch geschickte Taktik ist es den Bullen mit indirekter Hilfe der Bonzen gelungen, die kämpferischsten Arbeiter von der großen Masse zu isolieren. Im allgemeinen waren die Arbeiter hinterher enttäuscht, die Bonzen hatten

sie in ein Viertel geleitet, "wo es nichts zu zerstören gab".

Etwa dreißig Arbeiter und Jugendliche wurden festgenommen und die Arbeiter (in Charleroi) haben jetzt einen Waffenstillstand von zwei Monaten akzeptiert.

Die kämpferischsten Arbeiter konnten erkennen, welche Kraft aus dem Zusammengehen der einzelnen Kämpfe erwächst, aus der Anwendung der klassenmäßigen Methoden einschließlich der Gewalt der Masse gegen die bürgerlichen Ordnungskräfte. Kämpferische Gruppen von Proletariern, besonders Jugendliche, die in den letzten Monaten zu Einzelaktionen neigten, haben die gesteigerte Kraft von Massenaktionen erfahren können, und ihre Begeisterung ist heute groß.

Im übrigen haben die älteren Arbeiter, die schon an früheren Schlachten teilgenommen hatten (Streiks 1960/61 und die Streikwelle '69-73), wieder die alten Kampfweisen und ihre Erfahrung in die Straßenschlachten gebracht (man hatte Stahlkugeln, Zwillen, Eisenstangen etc. dabei).

In den vom "wirtschaftlichen Aussterben" bedrohten Regionen lebt die proletarische Solidarität wieder auf. Und schließlich haben die belgischen Arbeiter all jene Lügen gestraft, die das Proletariat schon für tot erklärt hatten, als sei es jeglicher kämpferischen Regung unfähig und total in der Hand der Bonzen. Im Gegenteil!

Man kann also eine Menge Lehren ziehen aus den Ereignissen der letzten Wochen. Deshalb ist es ungeheuer wichtig, daß Gruppen von kämpferischen Arbeitern untereinander Kontakt aufnehmen und Erfahrungen und Informationen austauschen über die Manöver der Bonzen, die Taktik der Bullen, die verhafteten Kollegen etc. Eine gegenseitige Stärkung dieser einzelnen Gruppen ist unerlässlich, um sich später direkt der Gewerkschaftsführung entgegenstellen zu können.

Aber über diese ersten Lehren hinaus muß man die Kampfperspektive stellen. Was heute besonders auffällt, ist die Tatsache, daß weder die "linken" Parteien noch die Gewerkschaftsführungen irgendeine Lösung vorzuschlagen haben.

Die Gewerkschaften versuchen zwar die Arbeiter zu spalten und dabei die Trennung von Wallonien und Flandern auszuspielen, aber auch Flandern ist von der Krise betroffen und auch hier hat es Streiks gegeben! Sie versuchen, die Arbeiter zu isolieren und zu entmutigen, aber ihr einziger Vorschlag ist die Rückkehr der sozialistischen Partei an die Regierung!

Die Haltung der "Linken" ist differenzierter. Sie hofiert die Bewegung, und ihre Militanten zeigen sich oft als gute Kämpfer vor Ort. Aber ihre ganze Perspektive besteht nach wie vor in einer "Alternativen" innerhalb des kapitalistischen Systems, einer "Arbeiterregierung" (Sozialistische Partei, Gewerkschaften und Linke) in Wallonien.

Die Arbeiter sind heute desorientiert: Der Kampf gibt den notwendigen Sauerstoff, aber man weiß nicht, in welche Richtung man weiterkämpfen muß.

Aufgabe der revolutionären Kommunisten ist es, alle Spaltungsversuche zu bekämpfen, vor allem die hinterhältigsten (der "linke" Föderalismus z.B.), alle Kontakte zwischen Gruppen kämpferischer Arbeiter zu stärken, indem sie sich in den Streiks, bei Demos und im Kampf gegen die Repression an organisatorischen Aufgaben beteiligen und klare politische Perspektiven für die fortgeschrittensten Arbeiter entwickeln. Der Kampf gegen die katastrophalen Auswirkungen der kapitalistischen Krise nimmt neue Ausmaße an, aber er beginnt erst. In dieser Situation ist die Revolution keine unmittelbare Perspektive, aber ihre Vorbereitung gibt den Kämpfen gegen die Auswirkungen der Krise erst ihren ganzen Sinn.

MaiFREUDEN!

Wir sind zwar eine viel zu kleine Gruppe, als daß wir eine mobilisierende Agitation machen könnten, um dem 1. Mai einen bestimmten Stempel aufzudrücken. Wir möchten aber feststellen, wie sehr wir und alle kämpferischen Arbeiter des In- und Auslands uns freuen würden, wie ermutigend und vorwärtstreibend es wirken würde, wenn die Demonstranten diese Usurpatorenbande von bankrotten Regierungsvertretern und schleimigen CDU-Bossen, von Arbeitslosenschindern und Vätern von Ausländererlassen, von Lohnkürzungsaposteln und Organisatoren von KZ's für Asylbewerber nebst den Neue-Heimat-Spekulanten, den Totengräbern von Streiks und den Aufsichtsratsmitgliedern in Gewerkschaftstracht von der Rednertribüne verjagen würden. Dafür sind die Kräfteverhältnisse heute sicherlich noch nicht vorhanden. Aber das Potential der Unzufriedenheit und des Protests wächst, der Zorn darüber, auch am 1. Mai unter freiem Himmel die alltäglichen Fernsehpredigten erdulden zu müssen, nimmt zu und äußert sich in Pfeifkonzerten und Farbbeuteln, in Sprechchören und faulen Eiern, in tausend ungeduldrigen Zwischenrufen und Störungsversuchen. Und je massiver und spektakulärer sie ausfallen, desto mehr trägt der 1. Mai zur Freude und Ermutigung der kämpferischen Arbeiter und Unterdrückten in allen Ländern bei, desto mehr ist er ein Ansporn zum Kampf und trägt spektakulär oder molekular dazu bei, daß die Demonstranten ihren Kampftag endlich mal zurückerobern und daß Freudengelächter, daß Gefühles Stolzes und der Kraft der Massen die Straßen beherrschen.

Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes in unserer Presse

BRD

Zur Frage der Betriebsräte: Wahlfimmel oder Kampfvorbereitung (PROLETARIER Nr. 1)

Erste Lehren aus dem Stahlarbeiterstreik (PROLETARIER Nr. 2, Jan 79)

Reichsbahnarbeiterstreik: Notwendigkeit einer proletarischen Kampffront (PROLETARIER Nr. 11, Nov. 80)

Bourgeoisie und Proletariat angesichts der Warnstreiks (PROLETARIER Nr. 13, Apr. 81)

Zum Streik des kolumbianischen Seeleute in Hamburger und im Bremer Hafen gibt es Artikel in den PROLETARIERN 15, 16 und 17

Zur Lage der Arbeiter in der Druckindustrie (KOMMUNISTISCHES PROGRAMM Nr. 17, Feb. 78)

Ökonomie-Wirtschaftspolitik

Unter dem Kapitalismus bedeutet der wirtschaftliche Fortschritt wachsende Arbeitslosigkeit (PROLETARIER Nr. 13)

Wirtschaftspolitik in der Krise: 1929 und 1981 (PROLETARIER Nr. 16)

Inflation, Profite und Löhne (KOMMUNISTISCHES PROGRAMM Nr. 4)

Die Inflation oder die Flucht nach vorn des Kapitals (KOMMUNISTISCHES PROGRAMM Nr. 24)

Opportunistische Taschenspielerkünste - Zum Streit um die Investitionslenkung - Klassenkampf statt Mitbestimmung (KOMMUNISTISCHES PROGRAMM Nr. 10)

Die "Wettbewerbsfähigkeit" als Idole der Profitrate als Religion (KOMMUNISTISCHES PROGRAMM Nr. 18)

Beschäftigungsprogramm ... für das Kapital (PROLETARIER Nr. 17)

Kampferichte aus dem Ausland

Der Streik in den italienischen Krankenhäusern (PROLETARIER Nr. 2, Jan. 79)

Der Kampf bei Fiat (PROLETARIER Nr. 12, Jan. 81)

Das Erwachen der ausländischen Arbeiter in Frankreich (PROLETARIER Nr. 3, März 1979)

Der beispielhafte Streik der marokkanischen Bergarbeiter in Frankreich (PROLETARIER Nr. 12, Jan 81)

Der Kampf der illegalen Arbeiter in Frankreich (PROLETARIER Nr. 17, Jan 82)

Kuwait: Ein beispielhafter Streik (PROLETARIER Nr. 5, Sep 79)

Rückblick auf den Rotterdamer Hafnarbeiterstreik (PROLETARIER Nr. 6, Dez 79)

Der Streik der britischen Stahlarbeiter (PROLETARIER Nr. 8, Apr 80)

Rückblick auf den großartigen Streik der amerikanischen Bergarbeiter (KOMMUNISTISCHES PROGRAMM Nr. 20, Dez 78)

Allgemeine Orientierung

Alle Klassenmethoden und Klassenforderungen; praktische Richtlinien für die gewerkschaftliche Aktion (PROLETARIER Nr. 5)

30 Jahre DDR; Der Weg, der zur Verschmelzung der Gewerkschaften mit dem Kapital und dem bürgerlichen Staat führte (PROLETARIER Nr. 7)

Die Kommunisten und die gewerkschaftliche Aktion (PROLETARIER Nr. 11)

Gewerkschaften und proletarischer Kampf (PROLETARIER Nr. 12)

Plädoyer für eine klassenmäßige Betriebsarbeit (PROLETARIER Nr. 15)